

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Ewigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.

Zum Streit um Marx.

Niemals hat der Streit um Marx geschwiegen. Seit dem ersten Erscheinen von Marzens Hauptschrift, dem „Kapital“, ist es in der Wissenschaft nicht wieder ruhig geworden. Nach Hunderten zählen die Schriften, die gegen Marx und seine Theorien erschienen sind. So viele von ihnen auch längst zum Gedankenschnitt geworfen sind, sie legen doch alle Zeugnis ab für die übertragende Bedeutung Marzens; denn sie zeigen, wie tief seine Lehre in die Kreise der Wissenschaft hineingedrungen ist und in welchem Umfange sie dort die Geister in ihren Damm zieht. Die meisten marxkritischen Schriften behandeln die volkswirtschaftlichen Theorien, erst in neuerer Zeit mehrten sich die Stimmen, die nach einer Auseinandersetzung mit Marzens Philosophie verlangen. Unter ihnen tun sich besonders die Kantianer hervor, d. h. die Anhänger der philosophischen Lehren Kants, der von 1724 bis 1804 in Königsberg lebte und durch eine große Anzahl philosophischer Schriften der Begründer einer neuen philosophischen Schule wurde, die zu jeder Zeit einen großen Einfluß auf das deutsche Geistesleben ausübte. Einer ihrer vornehmsten Vertreter, Professor v. Schulze-Gävernitz, hat in mehreren Schriften die Frage Marx oder Kant? behandelt. Uns liegt die zweite Auflage seiner im vorigen Jahre erschienenen Schrift „Marx oder Kant?“ vor, die darum Beachtung verdient, weil sie in knapper Form klar und entschieden die Einwände der bürgerlichen Philosophie gegen den Marxismus vom Standpunkt kantischer Erkenntnistheorie und Ethik zusammenstellt. Der Verfasser will die Ueberlegenheit des kantischen Denkens gegenüber dem Marxismus dartun.

v. Sch.-G. findet bei Marx absolute Verneinung aller Werte, er rechnet ihn zu den Wertnihilisten. Damit will er nicht nur sagen, daß Marx die „geschichtlich überlieferten Werte des Volkes“, Gott und Staat, verwirft, sondern daß Marx überhaupt keinen überempirischen, d. h. außer und über aller Erfahrung stehenden Wert anerkennt. Diese Verwerfung eines absoluten Wertes ist die Konsequenz der Dialektik Engels, sobald man, wie Marx nach dem Vorgange Feuerbachs tut, auf die Fiktion eines „absoluten Geistes“ verzichtet und sich nur an das Sein und seine wechselnden Formen hält. Dann gibt es nur ein ewiges Werden und Vergehen der Dinge und der Vorstellungen von den Dingen; dann kommt jedem existierenden Ding und jeder Vorstellung davon nicht ein absoluter außerzeitlicher, sondern immer nur ein relativer Wert zu.

v. Sch.-G. meint nun, ohne die Anerkennung überempirischer Werte könne man Werturteile überhaupt nicht fällen; es sei daher ein Widerspruch, wenn Marx Forderungen stelle, wenn er die soziale Revolution erstrebe. Oder mit andern Worten: für Marx, der nur ein „Sein“ kenne, nur sich an das, was ist, halte, könne es konsequenterweise kein „Soll“ geben, weil in jedem „Soll“ ein Werturteil stecke.

Es zeigt sich, daß kantisches und dialektisches Denken eben grundverschieden sind. Marx lehrte sich deshalb vom Idealismus ab, weil er mit dem „Absoluten“ absolut nichts anzufangen wußte. Der große Fortschritt liegt gerade darin, daß er mit der Unerkennbarkeit überempirischer Werte — was ja Kant selbst nachgewiesen hatte — Ernst macht und sich nur an den empirischen Ablauf der Dinge hält. Aber er verwirft nur die Fiktion von „Werten an sich“, um so mehr bejaht er die für jede Phase des Setns sich als notwendig ergebenden Werte. Wäre das Sein unveränderlich, dann allerdings könnte es keinen Sinn haben, von „Sollen“ zu reden ohne Maßstäbe, die außer dem Sein liegen. Aber nach Marx existiert das Sein nur im Werden, in der Veränderung. Darin liegt gerade die Selbst-

täuschung der bürgerlichen Philosophie, daß sie die Einrichtungen und Zustände der bürgerlichen Gesellschaft verewigen, über den Strom dialektischen Werdens hinausheben will; das tut sie dadurch, daß sie wissenschaftliche Begriffe, also Werte, in mystischer Weise nach dem Vorgange Platons zu „Ideen“ erhebt, zu unmanöbelbaren „Dingen an sich“. So reden sie von der „Religion“ über allen Einzelreligionen, von der „Sittlichkeit“, ja vom „Staat an sich“. Gerade Marx enthüllt diese Fiktion, deren Zweck im Grunde nur der ist, alte Zustände zu verewigen.

Das führt zur materialistischen Geschichtsauffassung. Diese ist nach v. Sch.-G. aus zwei Gründen zu verwerfen. Einmal hätten sich die mit ihr begründeten Voraussetzungen hinsichtlich der Konzentration des Kapitals in wenigen Händen, der Krisen usw. als falsch erwiesen; der Verfasser fügt aber gleich selbst hinzu, daß eine vielleicht falsche Anwendung dieser Methode, daß sie die konkreten, stets individualisiert auftretenden Erscheinungen der Geschichte aus einem Gesetz ableiten wolle, das allerhöchstens unter Ausschaltung aller störenden Nebenumstände Geltung habe, ähnlich wie z. B. die Fallgesetze nur im luftleeren Raume restlos gelten. Es ist vollständig unerfindlich, was das gegen den historischen Materialismus besagen soll. Sundertmal ist von Anhängern dieser Methode selbst ausgesprochen worden, daß es sich nur um die Auffindung der letzten Wurzeln des historischen Werdens handelt, daß die ideologischen und politischen Kräfte innerhalb des durch die jeweilige Produktionsweise gegebenen Spielraums ihre eigene Bewegung haben. Die materialistische Geschichtsauffassung will durch die Fülle historischen Geschehens hindurchleiten. Nur die Untersuchung des historischen Stoffes kann ergeben, wie weit sich diese Methode bewährt. Mir scheint ihre Ueberlegenheit über die bürgerliche ideologische Geschichtsschreibung mit ihrem Wirrwarr von Motiven ganz unlegbar. In diesem Wirrwarr von Motiven sieht freilich v. Sch.-G. ihren Reichtum; er verkennt nur, daß der Marxist eine Reihenfolge in diese Motive hineinzubringen versucht, ohne auf die Fülle des Lebens zu verzichten, er sucht die Einheit, den kausalen Zusammenhang in dem Geschehen selbst und findet ihn in den ökonomischen Faktoren. Der ideologische Geschichtsschreiber bleibt entweder, was allerdings v. Sch.-G. wieder besonders rühmt, bei bunten „lebensvollen“ Darstellungen stehen, oder er findet die Einheit in dem „Finger Gottes“, oder, um mit Kant zu reden: „in den Absichten der Natur oder besser der Vorsehung“. Die vollkommen gerechte bürgerliche Verfassung soll nach Kant der Absicht der Natur hinsichtlich der Entfaltung aller Anlagen der menschlichen Gattung dienen. Wenn es sich nun aber gerade herausstellt, daß ihrem spezifischen Wesen nach jede „bürgerliche“, d. h. auf Klassengegenständen beruhende Verfassung mit „vollkommener Gerechtigkeit“ unvereinbar ist, was hilft uns dann diese „überempirische Verankerung“ des Endzweles der Geschichte?

v. Sch.-G. wirft Marx ferner vor, er mache das historische Handeln zu einem Spiel willenloser, von den gesellschaftlichen Kräften hin- und hergeschobener Puppen. Gerade das ist bei Kant der Fall; da bedient sich die „Vorseeung“ aller schlimmsten Leidenenschaften und Motive „listigerweise“ zur Erreichung ihrer Zwecke. Bei Marx ist von einer solchen Personifikation der gesellschaftlichen Kräfte, die im Grunde theologisch ist, nicht die Rede; und vor allem gelangt nach ihm der Mensch durch Entdeckung der Gesetze dieser Kräfte dazu, sie zu beherrschen.

Damit kehren wir zu der Haupt Schwierigkeit zurück. Die materialistische Geschichtsauffassung ohne über-

empirischen Zielwert und das Fehlen einer normativen Ethik sollen die Grundmängel des Marxismus sein, weil er deswegen kein „Sollen“ begründen könne. Wenn Marx bei seiner Auffassung zur revolutionären Propaganda komme, so treibe er „Politik seiner theoretischen Grundlage zum Trost“. Wenn sich, so schließt v. Sch.-G., die Ueberholung des Kapitalismus, der „Zukunftstaat“, aus der historischen Entwicklung ergebe, so brauche man dazu keinen Finger zu rühren. Dabei vergißt er nur, daß der Mensch der Natur und der Gesellschaft nicht nur beobachtend und leidend gegenübersteht, sondern mit seinem Willen in den kausalen Zusammenhang eingeordnet ist. Genau wie ihm, die Natur auf der einen Seite als allmächtige Gewalt gegenübersteht, deren Gesetzen er unterworfen ist, die er sich aber andererseits dadurch dienstbar macht, daß er die Bedingungen dieses Naturgeschehens erkennt und zu seinen Zwecken abändert, genau so steht es mit den gesellschaftlichen Mächten. Marx glaubt durch seine Werttheorie und seine Geschichtsauffassung den Weg gewiesen zu haben, wie auch hier der Mensch von unbewusster Abhängigkeit zu einer bewußten Einordnung in den naturnotwendigen Gang der Dinge gelangen kann. War das geschichtliche, gesellschaftliche Handeln bisher ein nativ tastendes, so wird es im Sozialismus zu einem auf wissenschaftlicher Erkenntnis sicher fundierten.

Die Frage, ob Marx oder Kant, kann gar nicht durch philosophische Erwägungen entschieden werden. Der Marxismus kann nur durch die Entwicklung der Gesellschaft selbst widerlegt oder bestätigt werden. Schreitet die Proletarisierung der Gesellschaft fort, dann wird das Proletariat die Herrschaft gewinnen.

„Marx scheitert“, sagt v. Sch.-G., „indem er das „Soll“ als naturnotwendig beweisen will.“ Ob das der Fall ist, können allgemeine Erwägungen nicht dartun. Gerade darin, daß der Gegensatz zwischen Sein und Wert durch Marx nicht etwa monistisch totgeschlagen, sondern dialektisch aufgehoben wird — indem eben der Wille seine Richtschnur aus den Gesetzen des Werdens nimmt — gerade darin sehen wir seine Ueberlegenheit über Kant.

Fritz Glaser.

Rohlenoxydgasvergiftungen bei Bauausführungen.

III.

Im ganzen sind fünf Versuche auf Neubauten gemacht worden, und zwar der erste und zweite am 22. und 24. Oktober 1908. Die ersten beiden Versuche dienten zwei Räume vom Neubau des Dienerswohnhauses zu Dahlen, das zur bakteriologischen Abteilung des Gesundheitsamts gehört. Hier handelte es sich um Luftuntersuchungen in einem Bau, dessen Wände noch nicht gepußt und andererseits um einen, dessen Wände beim Brennen von offenen Kotskörben gepußt wurden. Es wurde bei jedem Versuch die Luft in den zwei zusammenhängenden Räumen untersucht; in dem Raum B standen die brennenden Kotsöfen und Raum A war der Nebenraum. Die Türöffnungen der Räume A und B waren in üblicher Weise mit Brettern verschalt und so abgeschlossen worden. Die Fensteröffnungen waren mit Brettern soweit abgedeckt, daß von ihrem oberen Teile 0,55 qm in Raum A und 0,78 qm in Raum B frei blieben. Die Zugänge wurden möglichst wenig, soweit eben zum Betreten der Räume bei den Entnahmen erforderlich war, geöffnet, und sofort wieder geschlossen. Die Entnahmestellen für die zu untersuchenden Luftproben befanden sich in der Mitte der Räume, und zwar in drei verschiedenen Höhen: 1. etwa 25 cm unter der Decke, 2. etwa 160 cm über dem Fußboden und 3. etwa 25 cm über dem

Fußboden. Von den Entnahmestellen im Raume A waren Glasröhren in den Korridorraum C geföhrt worden. Hier war, der Leuchtapparat zur quantitativen Messung des Kohlenoxyds aufgestellt. Die Kohlenäurebestimmungen wurden mit dem Wobertschen Apparat unmittelbar an den Entnahmestellen ausgeführt, wobei gleichzeitig die Temperaturablesungen besorgt wurden. — Bei dem dritten Versuch am 10. Dezember 1908 in demselben Hause waren sämtliche Wände gepußt und die Fenster eingeseigt. Der Versuch sollte in erster Linie darüber Aufschluß geben, in welchem Maße ein Eindringen von Verbrennungsgasen in solche Räume stattfindet, die neben und über einem mit Koksstörben besetzten Raum gelegen sind. Im Raume B waren zwei Koksstörbe aufgestellt. Die Türöffnungen waren mit Brettern verschalt worden. Zur Ventilation war ein oberer Fensterflügel geöffnet; die offene Fläche betrug 0,467 qm. Für die mit zwei Koksstörben besetzten Räume ergaben sich folgende Ergebnisse: a) der höchste Gehalt an Kohlenäure und Kohlenoxyd war in den oberen Teilen der Räume vorhanden, hier wurden maximal 8,4 vom Tausend Kohlenäure und 0,2 v. T. Kohlenoxyd gefunden (Versuch vom 10. Dezember 1908); b) der Gehalt der Luft an schwefeliger Säure wirkte besonders in den höheren Luftschichten des Raumes belästigend; c) die Temperatur der Luft erreichte in der Nähe der Zimmerdecke 54 Grad. In den meisten Räumen des Erdgeschosses und des ersten Stockwerks war ein feiner Rauch sichtbar. Eine sehr geringe Erhöhung des Kohlenäuregehalts war in allen Versuchsräumen eingetreten. Die höchsten Werte wurden bei dem Versuche vom 10. Dezember 1908 an der Decke des Versuchsraumes C (neben dem Koksstörbraume) gefunden. Der Kohlenoxyd-gehalt erreichte hier 0,06 v. T.

Weitere Versuche wurden in zwei Neubauten in Groß-Lichterfelde am 9. und 10. März 1909 gemacht. In den beiden Versuchshäusern wurden zwei entgegengesetzt liegende Räume mit je einem Koksstörb besetzt. In diesen Räumen war je ein oberer Fensterflügel von 53,5x45,5 cm geöffnet. Die Hauseingänge waren mit Lattenluren versehen. Die Türöffnungen der Koksstörbräume in Haus I waren gut gespundete Türen, in Haus II waren sie nur durch Säde verhängt. Die Treppenhäuser waren geheizt. Die Versuche dauerten 28 Stunden. Bei diesen Versuchen ergaben sich für den Gehalt der Luft an Kohlenoxyd und Kohlenäure von gleicher Größe wie bei den Versuchen am 10. Dezember 1908. Die Temperatur stieg an der Decke der mit Koksstörben besetzten Räume teilweise noch höher, und es wurden Temperaturen bis zu 110 Grad gemessen. — Nach dem Ergebnis dieser Versuche betragen die Höchstzahlen des Kohlenoxydgehalts: im Versuchsraum 0,8 v. T., im Seitenzimmer 0,06 v. T., im darüber liegenden Zimmer 0,04 v. T. und im Treppenhause 0,03 v. T. Aber auch die Menge der den Koksfeuern entströmenden Rauchgase an Kohlenäure ist ziemlich beträchtlich. Bei den Laboratoriumversuchen wurden 15 bis 25 cm über der Koksoberfläche zwischen 27 und 67 v. T. Kohlenäure gefunden. Bei den praktischen Versuchen in Neubauten betrug der höchste gefundene Kohlenäuregehalt der Luft etwas über 10 v. T. (10,7 v. T.). In den seitlich oder über diesen Räumen gelegenen

Zimmern sowie im Treppenhause waren die gefundenen Kohlenäurewerte erheblich niedriger.

Hierzu wird ausgeführt: „Bettensofer hat in einem Zimmer, in welchem der Gehalt der Luft an reiner, künstlich dargestellter Kohlenäure 10 v. T. betrug, sich mehrere Stunden aufgehalten, ohne eine Veränderung seines Wohlbefindens zu erfahren. Späterhin haben andere Beobachter den gleichen mehrstündigen Selbstversuch, ebenfalls ohne Schäden zu nehmen, mit Luft von 20 v. T. bis von 40 v. T. und mehr Kohlenäure wiederholt. Arbeiter in Bergwerken, wo die Luft große Mengen von Kohlenäure enthält, bekommen erst dann Atembeschwerden, wenn die Grubenlampen anfangen trübe zu brennen, was bei einem Kohlenäuregehalt der Luft von 30 bis 40 v. T. der Fall ist. Kommt gleichzeitig Sauerstoffmangel hinzu, so kann die Schädlichkeitsschwelle der Kohlenäure wohl etwas herabgedrückt werden, von einer erheblichen Abnahme des Sauerstoffgehalts der Luft kann aber bei den von uns ausgeführten Versuchen in gelüfteten Räumen nicht die Rede sein. — Es mag dabei erwähnt werden, daß selbst ein Sinken des normalen Sauerstoffgehalts der Luft von rund 21 auf 15 v. S. noch keine besonderen Störungen beim Menschen verursacht.“ Weiter wird geschrieben: „Was nun das Kohlenoxyd anbelangt, so läßt sich aus diesen Versuchsergebnissen ableiten, daß ein Aufenthalt in einem ausgiebig ventilierten Raume, in welchem brennende Koksstörbe stehen, unter normalen Verhältnissen zu einer akuten Vergiftung kaum führen. In nicht oder unvollständig ventilierten Räumen müßte es aber zweifellos in der Mehrzahl der Fälle zu einer akuten Vergiftung, der in dem Raume sich aufhaltenden Personen kommen. Ein längerer Aufenthalt auch in gut gelüfteten mit Koksstörben besetzten Räumen wird aber dennoch grundsätzlich zu verbieten sein, da es bisher nicht genau fest steht, ob nicht auch geringere Mengen Kohlenoxyd, als sie durch die Versuche in den Versuchsräumen festgehalten worden sind (bis zu 0,8 v. T.), bei längerer Einwirkung die Gesundheit ungünstig beeinflussen. Auch die sonstige Beschaffenheit der Luft in solchen Räumen (Rauchschwaden, Gehalt an schwefeliger Säure, hohe Wärmegabe) läßt ein längeres Verweilen darin nicht ratsam erscheinen.“ . . . „Was die Frage nach der Beschaffenheit der Luft in solchen Räumen angeht, die den mit brennenden Koksstörben besetzten Räumlichkeiten benachbart sind, so haben die Versuche an den Neubauten in Groß-Lichterfelde gezeigt, daß der Art des Abflusses der mit Koksstörben besetzten Räume weniger Bedeutung beizumessen ist, als man von vornherein denken sollte. Augenscheinlich sind die geringen Mengen von Rauchgasen, welche in den benachbarten Räumen gefunden wurden, durch den nach Stärke und Richtung wechselnden Winzbug vielfach unmittelbar über die Treppen und durch die offenen Fenster in die Räume hineingeweht worden.“ . . . „Es kommt nun aber weiter in Frage, ob bei längerem Aufenthalt in solchen Räumen, welche den mit brennenden Koksstörben benachbart sind, eine chronische Einwirkung des Kohlenoxyds von Bedeutung werden kann. Die Frage der chronischen Kohlenoxydvergiftung ist indessen noch nicht geklärt.“ . . . „Aus der vorstehenden Zusammenfassung der Versuchsergebnisse kommt das Gesundheitsamt zu folgenden

Schlüssen: 1. Unter der Voraussetzung, daß die Befestigung offener Koksfeuer zum Austrocknen von Neubauten aus technischen Gründen erhebliche Vorteile bietet — eine Voraussetzung, deren Berechtigung ausgiebig technischer Prüfung überlassen bleiben muß —, erscheint ein bedingungsloses Verbot der Anwendung offener Koksfeuer nicht erforderlich, da die von den brennenden Koksstörben mit den Rauchgasen entwickelten gesundheitschädlichen Bestandteile (Kohlenoxyd, Kohlenäure, schwefelige Säure) ihrer Menge nach nicht so erheblich sind, daß in jedem Falle eine Gesundheitsgefährdung besteht. Es kommt zwar selbst in gut gelüfteten Räumen zu einer gewissen Ansammlung der bezeichneten schädlichen Gase, aber nicht in dem Maße, daß den darin etwa beschäftigten Arbeitern eine unmittelbare Gesundheits- oder Lebensgefahr droht. Es darf angenommen werden, daß die bei den Versuchen vorgefundenen Verhältnisse im großen und ganzen der Praxis entsprechen, wenn schon die wechselnden meteorologischen Bedingungen, vornehmlich die Außentemperatur, die Windstärke und die Windrichtung, jeweils von besonderem Einflusse sein werden und Abweichungen von den Ergebnissen der vorstehenden Untersuchungen gelegentlich herbeiföhren können. 2. Die Verwendung von Koksstörben ist nur in Räumen zu gestatten, die ausgiebig mit der freien Luft durch Freilassen des obersten Drittels der Fensteröffnungen in Verbindung stehen und gegen die Nachbarräume, falls in diesen gearbeitet wird, soweit abgeschlossen sind, daß ein erheblicher Luftaustausch zwischen beiden ausgeschlossen ist. 3. Ein nicht bis vorübergehender Aufenthalt in Räumen, in denen Koksstörbe brennen, ist grundsätzlich zu verbieten. 4. Der Aufenthalt in Räumen, die neben, über oder unter Räumlichkeiten mit brennenden Koksstörben gelegen sind, erscheint im allgemeinen dann gefahrlos, wenn sie ebenfalls gleichzeitig nach außen gelüftet werden. Eine ausreichende Lüftung kann auch hier als vorhanden angenommen werden, wenn ein Drittel der für die Fenster bestimmten Fläche der Außenluft freien Zutritt gewährt.

Das Gesundheitsamt hat durch die experimentelle Anwendung der „offenen Fenster“ eine Ventilation erreicht, durch die erstens eine bessere Verbrennung des Koks durch größere Zufuhr von Sauerstoff, und zweitens eine beträchtliche Abführung der Gase nach außen erzielt wurde. Das Resultat dieser Ventilation kommt in der Zusammenfassung des Ergebnisses beziehungsweise im Gutachten zum Ausdruck. Es ist daselbe, was allgemein die Berufsgenossenschaften und Regierungen fordern und den Arbeitern als Schutz bieten: „Abschließung gegen die übrigen Räume und Ableitung der Gase ins Freie.“ Bei der ungenügenden befriedigenden Gaseabfuhrung ist hier der Willkür der Unternehmer Tür und Tor geöffnet. Was heißt es z. B., wenn im Gutachten gefordert wird: ein Drittel der Fenster zu öffnen. Die Größe der Fenster stimmt selten mit der Größe der Räume überein. Die Belüftung der einzelnen Räume zu ihrem Zweck ist an und für sich und nach den baugesetzlichen Bestimmungen sehr unzureichend. Außerdem gibt es auch Räume, die wohl eine starke Belüftung verlangen, wo aber nur eine äußerlich minimale Öffnung der Fenster möglich ist und auch nur baupolizeilich zugelassen wird.

Ein Spaziergang durch altddeutsche Wohnhäuser.

Unsere alten Städte bergen noch manche kostbaren Schätze, die anschaulicher und lebendiger als alle schriftliche Ueberslieferung ein farbiges Bild vergangenem deutschen Lebens aufleuchten lassen. Wie die Altstädter hinter ihren festen Mauern gehaust und gewohnt haben, davon erzählen am besten die noch erhaltenen Wohnhäuser des Mittelalters und der Renaissance, die zugleich einen Ruhmestitel deutscher Kunst überhaupt bilden. An solch alten Bürgerhäusern ist wohl kaum eine Stadt reicher als Braunschweig, und die beste Gelegenheit, einen Spaziergang durch diese schätzenswerten Monumente norddeutschen Lebens zu unternehmen, bietet ein soeben erschienenes, gehaltvolles Buch über die stolze Stadt Heinrichs des Löwen von R. J. Meier, das im Rahmen der bei Klinckschardt & Biermann erscheinenden Städte der Kultur veröffentlicht wird. „Braunschweig, die letzte Stadt vor den Dufend Städten“ gerieft zwar schon in der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts, wurde aber erst im 12. Jahrhundert durch die Initiative Herzog Heinrichs des Löwen zur Stadt und zu einem glänzenden Mittelpunkt politischen und sozialen Strebens. Die Städtegründung lag damals in Deutschland gleichfalls in der Luft; fast wie in unsern Tagen fand überall eine Abwanderung vom Dorf in die größeren Zentren statt, und auf dem Lande machte sich eine empfindliche Leutenot bemerkbar. Auch in Braunschweig schlossen damals die Häuser wie Pilze in die Höhe. Die Straßenzüge, die damals in den alten Stadtteilen Altstadt, Neustadt und dem Hagen angelegt wurden, bestehen noch heute fort. Doch wurden damals die Gassen noch nicht mit rechts und links gleichmäßig fortlaufenden Häuserreihen besetzt, sondern größere Grundstücke waren abgeteilt, und auf diesen erhoben sich die großen festen Wohntürme, von denen sich jetzt 84 in der ganzen Stadt nachgewiesen sind, die fast nie an die Straßenseite des Gehsteiges gerückt waren, sondern im Winkel gegen sie gestellt wurden und sich daher später oft unorganisch in das regelmäßige Gefüge der Reihenhäuser einordneten. In ihrer starken Wehrhaftig-

keit, die nur durch die hübschen Säulen der Teilungsbogen an den Fenstern malerisch unterbrochen wird, finden diese ungefügen Steinmassen von der kriegerischen Art und der stolzen Kraft ihrer Bewohner. Es war ein Vorrecht der Patrizier und Herren, solch starke, wenn auch unwohnliche Bauten aufzuführen. Braunschweig hat solcher Wohntürme mehr aufzuweisen als irgendeine andere Stadt. Sie bestimmten die Eigenart des frühesten Stadtbildes zusammen mit den großen, in Holz aufgeführten Wirtschaftsgebäuden, während der geringe Mann in leichten Hütten wohnte. Doch schon in den nächsten Jahrhunderten mußten diese kriegerischen Anlagen gegen die behaglicheren Typen des bürgerlichen Wohnhauses zurücktreten, die sich immermehr Geltung in den Straßen verschafften. Das bürgerliche Fachwerkhäuser Niederklassens, das im 15. Jahrhundert als etwas wesentlich Neues entstand, steht zwar mit dem Wauerhaus in einer losen Verbindung, ist aber im Grunde eine ganz selbständige, originale Schöpfung des norddeutschen Bürgerturns. Braunschweig besitzt bis auf unsere Tage den Reichtum, dies norddeutsche Bürgerhaus des ausgehenden Mittelalters und der Renaissancezeit mehr als alle andern Städte am nördlichen Rande des Harzes in glänzenden Beispielen und erlauchter Fülle bewahrt zu haben. Solchen Weisheit ist man sich erst in jüngerer Zeit so recht bewußt geworden, und nun erstlich durch Entfernung störender Verschaltungen und durch farbige Bemalung das alte Braunschweig von Jahr zu Jahr in neuer Herrlichkeit. Das Untergeschloß dieses Bürgerhauses war im wesentlichen von der großen „Dale“ in Anspruch genommen, dem Hauptraum des niedersächsischen Wauerhauses, in dem der Herd stand; es enthielt außer dem wichtigen Versammlungsraum der Familie auch noch die nach der Straße zu gelegene eigentliche Wohnküche, während die Schlafräume in einem niedrigen Zwischentisch liegen; von diesem aus beginnt dann die Vortragung der Obergeschosse, die nach der Straße zu um so mehr hervorpringen und an Tiefe zunehmen, je höher sie sich aufeinander türmen; sie dienen in älterer Zeit ausschließlich wirtschaftlichen Zwecken. Gerade diese neugierig aus den streng horizontal an-

gelegten Häuserreihen hervorlugenden Dachluten und -erker bringen mit dem reichen Bieder ihres Einzelgeschmacks den malerisch romantischen Reiz hervor, der durch die wunderbare Ornamentik der ganzen Holzfassade verstärkt wird. Auch stattliche Steinbauten besitzt Braunschweig zum 16. und 17. Jahrhundert, wie es überhaupt das Glück gehabt hat, von Ulrich Stamm und Georg Ritter, den Baumeistern des 17. Jahrhunderts, bis zu Krahe und Ottmer, dem begabten Architekten des 19. Jahrhunderts, stets vorzügliche Bauführer in seinen Mauern zu bergen. So entstanden die wunderbaren Straßenschilder, in denen neben den prächtigen alten Kirchen vor allem die Wohnhäuser die bestimmende Note anschlagen. Wechselnde Stimmungen von Größe und Größe, von annuitem Schönheitsfinn und kräftiger Lebensheiterkeit tun sich da vor dem Wanderer auf. Der Blick gleitet über das reizvollste Bieder bald figürlicher, bald ornamentaler Art, das so manche Holzfassaden zu einem bunten Kunstwerk umgestaltet; er erstreckt sich an den selbstam reichen Ueberschneidungen der freundlich grüßenden Dächer und träumt den Schönheiten alter Giebel und Erker nach. Von diesem Geist der stillen, baulichen Schönheit ist so mancherlei übergeflossen in die Anschauung der Bewohner. Leistung mag sich daran getreut haben, der aus Wolfenbüttel hierher kam; hier ward die Kunst des Gulenpiegel und Meinede Fuchs geboren, die ihre Wände spinnst, bis zu Braunschweigs größtem Bürger, Wilhelm Raabe.

Als wir diese Zeilen zum Druck gaben, lebte Braunschweigs größter Bürger noch. Inzwischen ist er 79 Jahre alt, gestorben. Wilhelm Raabe war der Altmeister der deutschen Erzählkunst. All seine vielen Werke atmen einen Geist, den Geist sinnender Ruhe, gedankvoller Betrachtung, der nie weicht, ob Raabe nun von menschlichem Jammer oder von lustigen Stücken erzählt. Er entnahm seine Stoffe dem Leben der Kleinbürger, das er selbst lebte. Uns arbeitende Volk sind seine Dichtungen aus diesem Grunde nicht gedrungen, um Schanden des Vorties wie die Dichters.

Für den Arbeiterschutz ist demnach die Drittöffnung der Fenster (in Bauten und Umbauten) eine sehr problematische Maßnahme. Aber als überaus gefährlich für die Arbeiterschaft müssen die Folgerungen aus dem Gutachten angesehen werden. Durch die immer wiederholte Anwendung, daß durch das Öffnen der Fenster für hinreichende Ventilation zu sorgen ist, wird die gesetzliche Dichtung der Winterbauten in Frage gestellt. Das reichsärztliche Gutachten trägt also dazu bei, den Unternehmern das offene Kofffeuer und den Arbeiter das Kohlendioxid in den Bauten zu verschaffen; außerdem aber den minimalen Schutz gegen Erkältungskrankheiten zu durchlöchern, oder ganz aufzuheben. Die Unternehmer verdanken diesen arbeiterschutzfeindlichen Entschlüssen der absonderlichen und weilsprechenden Fragestellung des Reichsversicherungsamtes. Aber man irrt sich in gewissen Kreisen. Die Nichtberücksichtigung der Wünsche der Bauarbeiter nach einem besseren Schutz gegen frühzeitige Inaktivität wird zur Folge haben, daß die Arbeiter mit größerem Nachdruck für ihre berechtigten Forderungen eintreten. Das, was die Bauberggenossenschaften auf Grund dieses Gutachtens vielleicht bezwecken möchten, wird ihnen nicht gelingen; die Landeszentralbehörden werden auf die Dauer den Arbeitern einen besseren Schutz nicht vorenthalten können. Im übrigen aber wird es jetzt die Aufgabe der Bauarbeiterorganisation sein, müssen, mehr die öffentliche Meinung und die ernstlichen Männer der Wissenschaft für die Befestigung der Kohlenoxydabergiftungen auf Bauten zu interessieren und zu gewinnen.

G. H.

Politische Umschau.

Aus dem Reichstage. — Der verbesserte Arbeitskammergesetzentwurf und die widerstrebende Regierung. — Das „Annehmbar“ der Regierung hat mal nichts gefruchtet. — Der Beginn der Eratsberatung und die „Ordnungspolitikk“ im Reichstage. — Herr v. Bethmann-Hollweg stimmt in der Bestimmung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften mit den Schaffmachers überein, aber er will keine Ausnahmegeetze machen. — Der Schaffmacherserung im Lande dauert fort. — Der Wahlkampf in England. — Die Antieinwanderungspolitik in Amerika.

Der Reichstag stand in der ersten Hälfte der Berichtswoche im Zeichen der Sozialpolitik. Er nahm in dreien langen Sitzungen die zweite Beratung des Entwurfs eines Arbeitskammergesetzes vor. Die zur Vorbereitung dieses Entwurfs eingesetzte Kommission hatte bereits vor der Vertagung des Reichstages im Mai d. J. ihre Arbeiten beendet und ihren schriftlichen Bericht an das Haus erstattet. Verbündete Regierungen und Parteien hatten also Zeit genug, zu den von der Kommission beschlossenen Änderungen Stellung zu nehmen. Diese Beschlüsse schloßen eine Reihe nicht unerheblicher Verbesserungen in sich, die hauptsächlich dem Willen der Sozialdemokraten in der Kommission zu danken sind. Allerdings war ihr Bemühen, die Erweiterung des Kreises der in den Arbeitskammern vertretenen Arbeiter und Unternehmer auf alle Gewerbe sowie auf die öffentlichen Betriebe auszudehnen, erfolglos. Aber sie erreichten wenigstens, daß dem § 7 ein Zusatz gegeben wurde, wonach die Arbeiter und die Leiter der Fabriken und Werksstätten einbezogen werden. Für Angestellte der beteiligten Betriebe (Kassierer, Betriebsbeamte, Werkmeister) hat die Kommission eine besondere Abteilung geschaffen, die „sofern ein Bedürfnis besteht“ der Arbeitskammer angegliedert werden, und unter der Leitung des Vorsitzenden der Arbeitskammer tagen sollen. Am bedeutsamsten ist wohl die von den sozialdemokratischen Vertretern in der Kommission erzielte Verbesserung des § 13 des Entwurfs. Nach dem ursprünglichen Entwurf sollten diese Angestellten ganz ausfallen. Am bedeutsamsten ist wohl die von den sozialdemokratischen Vertretern in der Kommission erzielte Verbesserung des § 13 des Entwurfs. Nach dem ursprünglichen Entwurf sollten diese Angestellten ganz ausfallen. Am bedeutsamsten ist wohl die von den sozialdemokratischen Vertretern in der Kommission erzielte Verbesserung des § 13 des Entwurfs. Nach dem ursprünglichen Entwurf sollten diese Angestellten ganz ausfallen.

Diese Verbesserungen erfahren, wie schon in der Kommission so auch jetzt im Plenum, den stärksten Widerspruch der Regierung. Nicht einverstanden ist sie hauptsächlich mit der Einbeziehung der Eisenbahner und der Wählbarkeit der Organisationsvorstände und „Beamten“. Ihre Vertreter erklärten, für die verbündeten Regierungen seien diese Verbesserungen „unannehmbar“. Es entzünden sich darüber sehr lebhaft und eingehende Debatten. Das Interesse konzentrierte sich natürlich auf die durchweg sehr gründlichen, wohlwollenen und energiegelassen Ausführungen der sozialdemokratischen Redner (Legien, Wismelburg, Sebering, Schmidt-Berlin, Koch). Sie legten die Unmöglichkeit der von den Regierungsvertretern erhobenen Einwendungen in überzeugender Weise dar, und sie fanden dabei die mehr oder weniger kräftige Unterstützung von Seiten der Freisinnigen

und einiger Redner des Zentrums, sowie auch der Polen und, soweit die Organisationsvertreter im § 13 in Betracht kommen, der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Trotzdem die Regierung ihr „unannehmbar“ feige sehr eifrig und nachdrücklich wiederholte, erlitt sie doch eine Niederlage. Unter Anwendung der Auslegung des Hauses (Sammelfragung) wurde die Einbeziehung der Eisenbahner mit 182 gegen 115 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Mehrheit des Zentrums und geschlossen die Konserverpartien, die Freikonserverpartien und die Nationalliberalen. Für die Zulassung der Arbeitersekretäre ergab die namentliche Abstimmung 193 gegen 111, also eine Mehrheit von 82 Stimmen.

Abgesehen von einer einsigen unbedeutenden Aenderung im § 42b, betreffend die Bildung der Abteilung für Angestellte, blieb der Entwurf in allen Teilen unverändert nach den Beschlüssen der Kommission. Es wird sich nun bei der nach den Weihnachtserferien vorzunehmenden dritten Beratung zeigen, ob die Regierung auf ihrem „unannehmbar“ verharren und an den Verbesserungen den ganzen Entwurf scheitern läßt, womit sie einen starken Mangel sozialpolitischer Verstandes belunden würde. Man hält es in parlamentarischen Kreisen für wahrscheinlich, daß das Zentrum einen vermittelnden Rußhandel versuchen wird, dahingehend, daß um den Preis der Ausschaltung der Eisenbahner die Regierung sich mit der Zulassung der Arbeitersekretäre einverstanden erklärt. Ein näheres Eingehen auf die Frage Arbeitskammergesetz-Materie, die wir übrigens schon früher öfter besprochen haben, belassen wir uns bis zur letzten Lesung des Entwurfs vor. Hier sei nur noch erwähnt, daß die sozialdemokratische Fraktion ihren in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaften seit 1907 eingenommenen Standpunkt, außer einem Reichsarbeitsamt und paritätischen Arbeiterämtern eine reine Arbeitervertretung, nicht „Arbeits“, sondern Arbeiterkammern zu fordern, auch bei der jetzigen Beratung wieder vertrat. Es war mit Sicherheit vorauszusetzen, daß dieses Bemühen erfolglos sein würde. Aber es war doch geboten, die schwerwiegenden Gründe, welche für solch eine Einrichtung sprechen, wieder einmal öffentlich in parlamentarischer Verhandlung darzulegen. Das ist geschehen. Wir sind überzeugt, daß Regierung und bürgerliche Parteien auf die Dauer der Errichtung von Arbeiterkammern nicht widerstehen können.

Am Freitag, 9. Dezember, trat der Reichstag in die diesmal von der politischen Welt mit ganz außerordentlicher Spannung erwartete erste Lesung des Etats ein. Dieser Beginn der Eratsberatung gestaltete sich inwiefern zu einer großen Generaldebatte, die auf das ganze große Gebiet der inneren wie der äußeren Politik sich erstreckt. Es kann da über alles mögliche geredet werden, was das Volk, die einzelnen Volksklassen, die Parteien und die Regierung angeht. Vor allen Dingen haben die Herzen von Regiment dem Parlament und damit auch dem Volke Rede und Antwort zu sehen über ihr Tun und Lassen, worin gar manche schwere Wechsellagen und Unterlassungssünden sich begreifen, sowie über ihre für ihre Ausführung in Betracht kommenden Ansichten und Absichten. Diesmal leitete der Reichstagspräsident, Herr v. Müller, die Eratsberatung ein mit einer sehr langen Darlegung der Finanzlage des Reiches. Der Grundtext seiner Rede war ein mit den offenkundigen Tatsachen in schärfstem Widerspruch stehender; er war in die demontrierte Vorgetragen und öfter wiederholte Behauptung gefaßt, daß die Finanzpolitik „in fortschreitender Gebundung“ begriffen sei. Weiter behauptete er, daß der vorliegende Etat „in den Grenzen wohlwollender Sparsamkeit“ sich halte. Diese Behauptung wird sehr drastisch illustriert durch die gewaltigen Mehrforderungen, die für Meer und Marine erhoben werden und für die unsere Reichsfinanzminister die Zuwachssteuer als Deckung haben wollen. Nachdem der Kriegsminister v. Seevingen die Militärvorlage im einzelnen begründet hatte, wobei durchaus nichts Erbauliches und Tröstliches herauskam, trat der Zentrumsabgeordnete Speck in die Schranken, um die unheilvolle Reichsfinanzreform und ihre Urheber zu „rechtfertigen“. Es war heuchlerisches und spekulatives Geschwätz, was der Redner in diesem Punkte vorbrachte; geradezu absurd war es, daß er die von der konservativen und der Zentrumsprelle im Laufe des letzten Jahres so oft erhobene Beschuldigung wiederholte: am den Angriffen gegen die Urheber der Finanzreform trage die Regierung mit Schuld, weil sie es unterlassen habe, rechtzeitig für Aufklärung zu sorgen. Als ob das Volk überhaupt noch irgendeine Aufklärung nötig gehabt hätte, um zu erkennen, was es mit dieser Reichsfinanzreform in Wahrheit für eine Bemerknis hat! Die bürgerlichen Parteien ermahnte der Zentrumsredner, endlich von dem Streit um die Reichsfinanzreform, der „unser ganzes öffentliches Leben zu vergiften drohe“, abzulassen, um der Sozialdemokratie nicht immer neue Wähler zuzuführen.

Erst der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann brachte die Debatte auf die gebührende Höhe, indem er in zweifelhafte Rede eingehend das ganze herrschende reaktionäre System kritisierte und der Regierung sowie den bürgerlichen Parteien ein sehr umfangreiches Sündenregister vorhielt. Er wies unter anderem hin auf die für den Deutschland beschämende und belagerten Lage, daß das Reich hat, über 98 B31 für militärische Zwecke verausgabt werden, daß die Schuldschulden unser Getreide um 888 Millionen Mark verteuern, wovon nur 76 Millionen, aber noch nicht die Hälfte, in die Reichskasse gelangen, während das übrige in die Taschen der das Volk auszunehmenden Agaciter flieht. Die Parole der Sozialdemokraten sei: Kampf gegen das Boll- und Steuerunwesen; Kampf gegen die Parteien des schwarz-blauen Bloß; Kampf gegen das Schaffmachersystem; Kampf für die Volksinteressen im Namen der Zukunft. Schließlich ließ Redner auf die jetzt wieder so schamlos und freivol betriebene Hebe gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften ein. Er hob dabei

herber, daß die Reaktionäre nur deshalb Ausnahmegeetze fordern, weil sie von einer solchen Gewaltpolitik erhoffen, daß die Arbeiter sich zum Strajkgeleit hinziehen lassen und so Vorwand bieten, sie blutig niedergumerzen.

Sehr charakteristisch ist, daß der Reichstagspräsident am ersten Tage der Eratsarbeiten seiner Pflicht, im Reichstage amnestend zu sein, nicht genigte. Er stellte; er, der dem Parlament verantwortliche Leiter der Reichspolitikk und weshalb hat er sich dieser Pflicht entzogen, was bis jetzt noch keinem Reichstagsler zum Vorwurf gemacht werden konnte. Er glaubte einer Einladung des österreichischen Kronfolgers zu einer Hofjagd in Sprinze bei Hannover Folge leisten zu müssen! Das ist geradezu ein Skandal, den ein Parlament, das Wert darauf legt, auch als Volksvertretung zu gelten, sich nicht gefallen lassen kann.

Was Herr v. Bethmann-Hollweg bei der Hofjagd in Sprinze „zur Strecke gebracht“ hat, das weiß man nicht, und das ist auch höchst gleichgültig. Aber daß er Tags darauf im Reichstage erschien, um eine lange Rede zur Rechtfertigung der Reaktionspolitik zu halten und die soße Sozialdemokratie „zur Strecke zu bringen“, das ist jedenfalls sehr interessant. Natürlich stimmte er ein hohes Lob auf seine Politik ein, wobei er unter anderem die fühne Behauptung aufstellte, daß er „nicht den Junkern, sondern nur dem Vaterlande diene“. Am Tage zuvor war eine Notiz durch die bürgerliche Presse gegangen, daß der Reichstagsler durch die Vorgänge in Moabit und die von ihnen ausgehenden Schaffmacherseritte nicht dahin beeinflusst worden sei, daß er Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokratie für nötig halte. In seiner Reichstagsrede aber behiente er sich in ausgiebigem Maße aller schaffmacherserischen Argumente gegen die Sozialdemokratie. Er behauptete, der revolutionäre Ausbruch der Sozialdemokratie „nehme zu an brutaler Deutlichkeit!“ Sie predige den Massen den Umsturz und „sit trage die Schuld, wenn die Massen die Konsequenzen aus dieser Lehre ziehen“. Für die Erzeisse im Moabit und an anderen Orten sei die Sozialdemokratie „moralisch verantwortlich“. Jedenfalls ständen große Entscheidungskämpfe um die politische Macht bevor. Auch er sei der vom Fürsten Bülow öfter ausgesprochenen Ansicht, daß Reich und Staat, Monarchie und bürgerliche Gesellschaft bei furchtloser Anwesenheit vorhandener gesetzlicher Mittel wohl imstande sind, jeden Versuch des Umsturzes zu unterdrücken. Vorkäslage zu Ausnahmegeetzen wolle er dem Reichstage nicht machen, dem „das deutsche Volk sei in seinem Kerne gesund und seine die Eingabe der Sozialdemokratie ab.“

Mit dieser Erklärung erlangte der Reichstagsler allerdings nicht den Beifall der Konserverpartien. Der Abgeordnete v. Camp forderte Maßnahmen, um „den sozialdemokratischen Terror unter allen Umständen zu brechen“. Damit schloß die Sonnabend-Sitzung. In den nächsten Sitzungen wird die Eratsberatung fortgesetzt werden und dabei dürfte Herr v. Bethmann-Hollweg, besonders im Punkte der Umsturzbeämpfung, schloß wegkommen. Ob er Ausnahmegeetze für nötig hält, das ist sehr nebensächlich. Es kommt darauf an, wie der Kaiser und mit ihm die verbündeten Regierungen sich dazu stellen. Daß die Schaffmacherseritte bemittelt sind, in dieser Frage einen entscheidenden Einfluß zu gewinnen, ist ja kein Geheimnis. So wendet sich die „Deutsche Tageszeitung unmittelbar an ihn mit der Aufforderung, einen Verfassungsbruch zu riskieren. Das Bündlerorgan wünscht, daß unter Vermeidung des Rechts bei der nächsten passenden Gelegenheit mehr Bürgerblut fließt. Es sollen die Schuldeute angehalten werden, zur „Herstellung der Ruhe“ das nächste Mal ausgiebiger und nachdrücklicher Gebrauch vom Karabiner zu machen! Das Gehebe klingt aus in die Mahnung: „Marfak! was datt!“ Daß das Wegnadigungsbrecht an Korpsstudenten, die wegen größtlicher Erzeisse beurteilt sind, heißt der konserverpartie „Reichshot“ für selbstverschuldet, weil solche Subjekte ein „feineres Ehrgefühl“ haben, während die „Rechtsakte der proletarischen Unholde eine Geißel unserer Zeit sind“.

Auch der Zentralverband der deutschen Industriellen und der Schaffmacherserverband, ist nun zu einer ganz offiziellen Rundgebung zur „Umsturzbeämpfung“ übergegangen. Er hielt in Berlin seine Generalversammlung ab, und da ließ der Generalsekretär Bued seinem Grimm gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften die Zügel schießen. Er sagte unter anderem, die Sozialdemokratie schreite nicht vor der blutigen Revolution zurück; durch die sozialpolitischen Geetze werde ihr „fortgesetzte Vorkäslage geleistet“; das Koalitionsrecht sei „sozialdemokratischer Zwang“ geworden; der Arbeitswillige sei „bogelfrei“, durch das Streikpolizeigesetz seien die Arbeitswilligen straflos dem bösen Willen der Genossen preisgegeben; die Sozialdemokratie „verbreite mit rücksichtsloser Brutalität und Dreistigkeit öffentlich ihre Ziele“. Auch für die „Revolution in Moabit“ seien die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften verantwortlich. Alles in allem, meinte Herr Bued, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter vernichtet werden müsse. Weiter habe das Direktorium des Verbandes in einer Eingabe zur Nobelle zum Strajkgeleit „schwere Strafen gegen die Untaten der Sozialdemokratie gefordert“. Die Regierung müsse alle Mittel anwenden, um dem Reichstag für die Annahme solcher Geetze gefügig zu machen. Damit ist ohne Zweifel der jetzige Reichstag gemeint, denn die nächsten Neuwahlen werden ganz gewiß keine reaktionäre Parlamentsmehrheit mehr bringen. Was die Schaffmacherser dazur „Gefügigmachung des Reichstages“ von der Regierung fordern, ist nichts anderes als die Anwendung rechtloser Gewalt, des Staatsrechts.

Wie sehr in immer größeren Volkstreffen ein Wandel der politischen Auffassung gegen die Reaktion sich vollzieht, dafür ist die am 9. Dezember in Rabiau, Wehla u vorgenommene Stichwahl ein neuer drastischer Beweis. Der fortwirkliche Kandidat ist mit 978 Stimmen gegen den konserverpartien Kandidaten, auf den nur 7140 Stimmen entfielen.

gewählt. Letzterer erhielt noch nahezu 100 Stimmen weniger als bei der Hauptwahl. Was wir erpartet hatten, ist gesehen: die sozialdemokratischen Wähler haben Mann für Mann für den Fortschrittler gestimmt und so dessen Sieg herbeigeführt, der eine neue schwere Niederlage für die Junterpartei bedeutet. Es war vergeblich, daß diese Partei den brutalsten Terrorismus übte und sich der ausgiebigsten Unterstützung der Behörden erfreute; es fand sich nicht genug Stimmung mehr für sie. Damit hat auch zugleich die heutige Regierung und ihr System eine Niederlage erlitten. Wenn bei den nächsten Neuwahlen Sozialdemokraten und Fortschrittler entschlossen gemeinsam vorzugehen unter der Parole: „Nieder mit dem schwarz-blauen Bloß“, dann wird es zu Ende sein mit der Schandherrschaft der Junter und Juntergenossen im Reichstage.

In England werden seit dem Beginn der vorigen Woche die Neuwahlen zum Parlament vollzogen. Nach den letzten uns vorliegenden Nachrichten sind bis jetzt gewählt worden: 209 Konservativen, 164 Liberale, 28 Vertreter der Arbeiterpartei und Sozialisten, 54 Anhänger Bedmonds und 5 Parteigänger D'Wierens. Der Sozialdemokrat Herr Gardie ist in Marbury-Tydvill mit 11.507 Stimmen gewählt worden. Mit starker Erregung sieht man im ganzen Lande den Ausfall der Wahlen entgegen. In Belfast und andern Städten kam es zu erheblichen Unruhen; Sprengkörper wurden geworfen, Revolvergeschosse wurden abgegeben, viele Schaufenster wurden zertrümmert. In Belfast waren die Zuzuwanderer gute Katholiken. Es ist aber in England noch niemand eingewandert, für diese Ausschreitungen irgendeine Partei verantwortlich zu machen.

In Amerika hat die Anti-Einwanderungspolitik wieder Erfolg eingebracht. Aus New York wird darüber berichtet: „Die seit drei Jahren eingeführte Einwanderungskommission legt dem Kongreß einen vierzigseitigen Bericht vor. Sie erklärt, die Einwanderung sei nicht mehr eine wirtschaftliche Notwendigkeit und trage daher zur Wenaachteiligung des amerikanischen Arbeiters bei. Die Kommission verlangt einstimmig den Ausschluß unbefähigter, ungelerner Arbeiter, ferner den Ausschluß von Analphabeten wie die direkte Beschränkung der Kopfszahl der Einwanderer in gewissen Fällen. Auch soll jeder Einwanderer ein Heimatszeugnis vorweisen.“

Daß diese Politik nicht dazu beitragen kann, die internationalen Beziehungen zu bessern, liegt auf der Hand. Ob die amerikanische Arbeiterschaft vor ihr einen Vorteil haben wird, bleibt abzuwarten. Wir möchten es bezweifeln. Jedenfalls erscheint es sehr bedenklich, die Arbeiterfrage eines Landes mit solchen Mitteln lösen zu wollen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Das Lohnniveau der Ruhrbergleute. — Der Wert der Kohlenförderung im Verhältnis zur Lohnsumme.

Die Eingabe der Bergarbeiterorganisationen an die Regierungswahlungen im Ruhrrevier, in der die Forderungen der Bergleute aufgeführt und begründet sind, erweckt naturgemäß das höchste Interesse der Öffentlichkeit. Von den Bergwerksverwaltungen wird jetzt schon die Parole ausgegeben, daß die Forderung einer fünfzehnprozentigen Lohnerhöhung absolut unannehmbar und undurchführbar sei. Zunächst aber handelt es sich doch darum, nachzuweisen, daß diese Forderung durch die Verschlechterung des Verdienstes der Bergleute während der letzten Jahre bedingt ist. Im Jahre 1907 hatte der Lohn auf 100 den Ruhrbergleute, von denen hier nur die Rede sein soll, einen relativ ziemlich hohen Stand erreicht. Nach der amtlichen Statistik lag im Mittel auf den Kopf der Belegschaft ein Jahresarbeitsverdienst von 1.502, während er das Jahr vorher nur 1.402 betrug. Da die Zahl der Arbeiter im Jahre 1907 294.101 betragen hatte, so wurde im Oberbergamtsbezirk Dortmund eine Lohnsumme von 450,3 Millionen Mark erforderlich. Bekanntlich setzte Ende 1907 der wirtschaftliche Niedergang ein, der sich aber im Kohlenbergbau zunächst noch wenig bemerkbar machte. Die Förderung, die Belegschaft, die Preise nahmen noch zu, aber trotzdem verdiente der einzelne Arbeiter schon ganz erheblich weniger als im Jahre 1907. Die Lohnsumme fiel auf 465,3 Mill. Mark im Jahre 1908, aber da die Belegschaft von 294.101 noch auf 324.805 stieg und außerdem die Zahl der verfahrenen Schichten von 321 auf 310 im Durchschnitt zurückging, so konnte im Mittel ein Bergarbeiter nur noch 1.494 verdienen oder schon 1.68 weniger als 1907. In der Gestaltung des Jahres 1908 liegt schon der erste von den Regierungswahlungen gemachte Fehler. Anstatt die Belegschaften noch zu vermehren und die Schichtzahl pro Kopf herabzumindern, hätte man darauf bedacht sein sollen, mit den verfügbaren und vorhandenen Arbeitskräften möglichst auszukommen. Aber der Fehler des Jahres 1908 setzte sich im Jahre 1909 weiter fort. Die Schichtzahl ging von 310 auf 301 zurück, während die Arbeiterzahl abermals zunahm, und zwar von 324.805 auf 330.414. Inwiefern machte sich auch der Niedergang im Kohlenbergbau sehr scharf bemerkbar, die Schichtlöhne sanken, und die Folge der verletzten Arbeitsmarktpolitik war ein scharfer Rückgang der Lohnsumme. 1908 wurden noch 465,33 Millionen Mark an Löhnen bezahlt, 1909 nur noch 445,99 Millionen oder fast 40 Millionen Mark weniger. Auf den Kopf der Belegschaft kam nur noch ein Jahresarbeitsverdienst von 1.350 oder gleich 1.44 weniger als im Jahre 1908 und 1.212 weniger als im Jahre 1907. Gegen 1907 macht das einen Ausfall von nicht weniger als 13,66 pSt. Daß ein solcher Ausfall die Lebenshaltung der Bergarbeiterbevölkerung wesentlich verschlechtern muß, daß ihre Kaufkraft zurückging und sich dies im Handel, und Wandel des Ruhrkohlenbergbaues überaus nachteilig bemerkbar machte, das dürfte von keiner Seite ernsthaft bestritten werden.

Bei dieser Entwicklung des Lohnniveaus liegt es nahe, daß die Bergarbeiterkraft das Bestreben hat, auf die alte Höhe ihres Verdienstes vom Jahre 1907 wieder zurückzukommen. Dieses Bestreben muß um so lebhafter sein, als sich seit 1907 für den Arbeiterausgang überaus wichtige Lebensmittel im Weltmarkt nach verteuert haben. Aber

ohne Berücksichtigung dieses Umfandes liegt die Forderung der Bergleute noch aus einem andern Grunde nahe. Vergleichen wir das Verhältnis des offiziell festgestellten Wertes der Kohlenförderung im Oberbergamtsbezirk Dortmund mit den gezahlten Lohnsummen, so ergibt sich, daß sich auch in dieser Beziehung das Verhältnis überaus stark zugunsten der Lohnsummen verschoben hat. Es betrug nämlich in 1.000:

Jahr	Wert der geförderten Kohle	Lohnsumme	Differenz
1906	672565	378851	293714
1907	763218	459435	303783
1908	831405	485378	346027
1909	828000	445996	377004

Die Differenz zwischen dem Wert der Förderung und der Lohnsumme ist von Jahr zu Jahr in einem für den Lohnanteil immer ungünstigeren Grade gestiegen. Ganz auffallend ist die Verschlechterung im Jahre 1909: während die Lohnsumme um circa 40 Millionen Mark abnahm, stieg die Differenz noch um nicht weniger als 31 Millionen Mark. Man mag nun gegen diese Statistik Einwände erheben, soviel man wolle, die Fehlerquellen sind alljährlich mehr oder weniger die gleichen. Nicht dürfte im großen und ganzen doch die Bewegung sein. Und die ergibt eben ein für den Lohnanteil recht unerfreuliches Bild. Von je 100 der Förderung kamen 1907 60,2 auf Löhne, 1909 aber nur noch 54,2. Noch deutlicher wird die Bewegung, wenn wir den Durchschnittswert für eine Tonne der Förderung dem Lohn pro Tonne gegenüberstellen. Wir erhalten dann folgendes Bild. Es betrug:

Jahr	der Wert einer Tonne	der Lohn für eine Tonne	Differenz
1906	8,76	4,84	3,92
1907	9,52	5,58	3,94
1908	10,06	5,70	4,36
1909	9,94	5,26	4,68

Man sieht, die Differenz hat sich ganz wesentlich zum Nachteil des Lohnanteils verändert. Es handelt sich hier nur darum, diese Verhältnisse festzustellen, nicht sie aufzulösen. Jedenfalls ist diese ungünstige Verhältnisse ausreißend, um die Forderung der Bergarbeiterkraft zu motivieren.

Wir halten es für ganz und gar verfehlt, dieser Forderung gegenüber einen Ton anzuschlagen, als ob die Arbeiterorganisationen ganz willkürlich einen Satz von 15 pSt. gewählt hätten. Gewiß läßt sich eine so wichtige Frage wie die vorliegende nicht im Handumdrehen auf Grund einiger statistischer Ziffern spielen lassen; so kommen gerade für den Kohlenbergbau noch so viele Umstände in Betracht, daß eine eingehendere Behandlung der Lohnfrage im Ruhrbergbau sehr wünschenswert wäre. Auch der Standpunkt und die Interessen des werdenden Kapitals sollen und müssen gehört werden. Daß aber die Bergarbeiterkraft in einem Zeitpunkt, in dem sich die Konjunktur im Kohlenbergbau wieder zu heben beginnt, danach strebt, die Wirkungen der Krise zu beseitigen und die frühere Lebenshaltung so bald wie möglich wieder zu erreichen, das liegt nicht nur im eigenen Interesse der Bergarbeiterkraft selbst, sondern auch im Interesse der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung Rheinlands-Westfalens. Das wirtschaftliche Leben in diesem hochindustriellen Bezirk kann nur gedeihen mit einer kaufkräftigen Arbeiterkraft, denn diese konstituiert an Ort und Stelle und verbreitet Verdienst und Arbeitsgelegenheit über den ganzen Bezirk. Die Gewinne der werdenden Kapitalisten aber wandern zu einem guten Teil aus dem Bezirk selbst ab und finden ganz wo anders ihre Verwendung oder werden ganz wo anders verbraucht. Schon aus diesem Grunde müßte von einem höheren Standpunkte aus die Lohnforderung der Arbeiter geprüft und gewürdigt werden.

Berlin, am 4. Dezember 1910. Rich. Caspary.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Deutschland:

Maurer:

- Bergan a. Rügen (Sperrung über Unternehmer Wilhelm Wahl in Binz a. Rügen).
- Bramsche (Streik).
- Düsseldorf (Sperrung über Pauli in Kaiserswerth).
- Laage (Streik).
- Lüdenscheid (Sperrung über die Bauten der Unternehmer in Meinerzhagen).
- Ochsenzoll (Sperrung über H. Wagners Bauten in Fahlshüttel).
- Podajuch (Sperrung über Rich. Kleinke in Podajuch, Herm. Koch in Finkenwalde und Albert Köhne-mann in Klütz).
- Rendsburg (Sperrung über die Baugeschäfte in Duvendstedt).

Fliesenleger:

- Bonn (Sperrung über den Zwischenmeister Kunlbaum; er hat Arbeiten in verschiedenen Orten von Rheinland und Westfalen).
- Gelsenkirchen (Sperrung über die Firma Stölze und des Zwischenmeister Herschel).

- Isolierer und Steinholzleger:
- Dresden (Sperrung über Grünzweig & Hartmann, Vertreter: Martin Simon).

Arbeitsmarkt.

Über die Arbeitsmarktwerte der Unternehmer in Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emden, Münster, Vegesack und Wilhelmshaven haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Gau Berlin.

Zur Ordnung gerufen haben unsere Kollegen die Unternehmer in Straußberg i. b. Mark. Diese gehören zu jenen Kategorien von Unternehmern, die den Arbeitern gegenüber nur widerwillig und höchst selten das gebührende Wort halten. Die Verträge oder Vereinbarungen über Löhne und Arbeitszeit wurden bisher fast jeden Winter gebrochen, und wiederholt mußten unsere Mitglieder Lohnreduzierungen durch Arbeitsentstellungen durchleben. Zu Beginn dieses Jahres verlangten wir eine Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden. Nach wiederholtem Verhandeln erhielt die Zweigvereinsleitung am 27. Februar folgendes Schreiben:

Die Arbeitgeber teilen auf das Schreiben vom 25. d. M. folgendes mit: Bei der letzten Besprechung mit Ihrem Vorstand haben wir uns dahin verständigt, den Stundenlohn, und zwar vom 1. April 1910 bis 31. März 1911, für den Gelesen bei zehnstündiger Arbeitszeit auf 60 \mathcal{M} zu erhöhen. Wir sind nicht in der Lage, für dieses Jahr mehr bewilligen zu können.

Hochachtungsvoll

Wils. Hiesegang, Fris. Stadt. Otto Schnürbel.

Infolge der allgemeinen Situation in diesem Frühjahr gaben sich unsere Mitglieder mit diesem Angebot zufrieden. Die Bauarbeiter erklärten sich dann im Laufe des Sommers eine Lohnerhöhung von 40 auf 50 \mathcal{M} . Wie das Mädchen aus der Fremde ersahen aber mit Beginn des Winters auch wieder die Lohnreduzierungen. Den Anfang machte Herr Schnürbel, einer der Unternehmer, die sich nach dem obigen Schreiben bereit erklärt hatten; den Mauern bis 31. März 1911 einen Lohn von 60 \mathcal{M} zu zahlen. Er kürzte den Mauern und Bauarbeitern den Lohn um 10 \mathcal{M} die Stunde. Als alle 26 Beschäftigten die Arbeit eingestellt hatten, war er so großzügig, wieder 5 \mathcal{M} zuzulegen. Er meinte, dieser Lohn sei doch wohl für die Winterarbeit ausreichend. Es könnte doch recht bald Frostwetter eintreten und es müßte vielleicht manche Arbeit, die unter dieser Einwirkung leide, noch einmal ausgeführt werden. Darum könne doch niemand verlangen, daß er jetzt den gleichen Lohn wie im Sommer zahle. So einseitig waren aber die Maurer und Bauarbeiter nicht; sie verzweigten die Arbeit solange, bis der kluge Mann sich bereit fand, den früheren Lohn auch im Winter zu zahlen.

In Gassen sind die Arbeiter des Unternehmers Balack, die auf dem Terrain der Maschinenfabrik Hister ausgeführt werden, von den Kollegen gesperrt worden. Balack gibt sich seit Monaten Mühe, möglichst oft mit seinen Arbeitern in Differenzen zu kommen, indem er allerdahin neue Weisheiten, die er angeblich seit dem letzten Kampf in sich aufgenommen hat, an den Mauern praktisch anwenden will. Obwohl die Mehrheit der Maurer Herrn B. seines eigenartigen Betragens wegen schon längst nicht mehr recht ernst nimmt, geht es doch nicht an, sich zu sein, wenn es sich um offensibare Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen handelt. Als B. jetzt wieder einmal versuchte, durch seinen Bolker Ludwig die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen und als er ebendies einige dagegen opponierende Kollegen entließ, war das den durch die vielen Vorleuten auf äußerste erbitterten Kollegen denn doch zu viel, weshalb sie die Arbeit niederlegten. Hoffentlich gelingt es ihnen, dem Unternehmer klar zu machen, daß das Selbstbestimmungsrecht, das er immer noch nach den Grundrissen der alten Sklavenwirtschaft glaubt ausüben zu können, bei den Mauern jetzt nicht mehr anzuwenden ist. Selbst auf die Gefahr hin, daß B. seine Drohung wahr machen „und gar nicht mehr bauen“ sollte, erjuchen wir unsere Kollegen doch, seine Arbeiten strengstens zu meiden.

Die neuen Tarifverträge. (Berichtigung.) In dem Verzeichnis der in Nr. 48 (Seite 533) als „abgeschlossen und genehmigt“ veröffentlichten Tarifverträge muß es in der zweiten Spalte der Vertragsbezeichnungen (zweite Zeile von unten) P a r c h w i z statt P a r c h w i z heißen.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Gaubeamter.

Für die Stelle des ersten Vorsitzenden im Gau 1 (Königsberg) wird ein geeigneter Kollege gesucht. Die Stelle, die hiermit ausgeschrieben wird, muß am 1. April 1911 angetreten werden.

Die Bewerbung muß bis zum 16. Januar 1911 erfolgen.

Bewerbungsschreiben, die an den Unterzeichneten zu richten sind, müssen neben dem Lebenslauf einen Aufsatz über die Aufgaben der Gauvorsitzenden enthalten.

Der Vorstandsvorsitzende.

J. A. Th. Bömelburg.

Bekanntmachung des Vorstandes.

„Nichtstaffene fremde Maurer“ und „Molandsbrüder“. Dem Verbandsvorstand sind seit Jahren sehr erhebliche Beschwerden über das Betragen der Fremdgehörigen und Molandsbrüder zugegangen. Soweit wir unterrichtet sind, halten beide Korporationen streng darauf, daß ihre Angehörigen Mitglieder unseres Verbandes sein müssen. Damit haben diese Kollegen natürlich auch die Pflicht — wie alle übrigen Verbandsmitglieder — sich nicht nur der strengsten Solidarität, sondern auch eines anständigen, menschenwürdigen Lebenswandels zu befleißigen. Das muß ganz besonders in dem Verkehr mit allen Mitgliedern zum Ausdruck kommen; aber auch sonst überall, wo sich die Kollegen bewegen, sollen sie dem Verbands Ehre machen

und alles vermeiden, was ein schlechtes Licht auf die Arbeiterbewegung werfen könnte.

Das Statut des neuen Deutschen Bauarbeiterverbandes, das am 1. Januar 1911 in Kraft tritt, spricht dies im § 2 auch ausdrücklich aus: „Zur Erfüllung der Verbandsaufgaben — so heißt es dort — legt der Verband allen Mitgliedern strenge Pflichten auf, vor allem die Befolgung unerschütterlicher Solidarität aller gegen alle. Jedes Mitglied muß sich zur Lebensaufgabe machen, durch sein Verhalten innerhalb und außerhalb seiner Verbandsstätigkeit das Ansehen der deutschen Bauarbeiterchaft nach bester Möglichkeit zu fördern, für die Ausbreitung und Kräftigung des Verbandes zu wirken und alle agitatorischen und organisatorischen Maßnahmen durch seine Mittel zu verstärken.“

Ein Teil — hoffentlich war es nur ein sehr kleiner Teil — der Fremdgefährdeten und Molandsbrüder hat diesen Vorbereitungen für die Organisation geradezu Hohn gesprochen. Aber was uns in den letzten Wochen aus Zürich gemeldet worden ist, zeigt allen bisher vorgelommenen Wissen entgegen die Stärke auf. Wir brauchen auf die Einzelheiten hier nicht weiter einzugehen; das eine sei aber gesagt, daß uns das in Zürich zutage getretene Mobdium der „Fremden“ so verabscheuenswürdig erscheint, daß keine Organisation die Maulsölde in ihren Reihen leiten darf. Wir werden deshalb, sofern uns an Ergreifen beteiligter Mitglieder unseres Verbandes gemeldet werden, diese unnahefährlich aus der Organisation ausschließen bezw. die von Zweigvereinen vollzogenen Ausschüsse bestätigen.

Gegen die in der Schweiz arbeitenden Ergedenten vorzugehen, ist uns leider nicht möglich, weil diese dem Statut und der Gerichtsbarkeit des Schweizerischen Verbandes unterliegen. Es wird die Aufgabe der Schweizer Organisation selbst sein, gegen die Züricher Ergedenten in geeigneter Weise vorzugehen.

Da uns gemeldet wird, daß sich viele „Fremde“ unangemeldet in Zürich aufhalten — was wahrheitlich nur geschieht, um straflos Ergesse verüben zu können —, so machen wir noch besonders darauf aufmerksam, daß sich nach dem zwischen unserm Verband und den ausländischen Mauererorganisationen abgeschlossenen Kartellvertrag jedes im Ausland arbeitende Mitglied unsere Verbandsorganisation für die Organisation des betreffenden Landes anzuschließen hat. Wer in der Schweiz arbeitet, ohne sich dort anzumelden, geht aller Rechte an die Organisation verlustig. Ein Nachhaken von Beiträgen bei der Rückkehr aus der Schweiz ist unzulässig.

Wir erlauben nun alle „rechtshaffenen Fremden Mauerer“ und „Molandsbrüder“ dringenden, den Anforderungen des Statuts und des internationalen Kartellvertrages Rechnung zu tragen und in ihren Reihen für strenge Zucht und Ordnung zu sorgen. Sollte sich herausstellen, daß sie dazu außerstande sind, so wäre der Vorstand geneigt, gegen die Gesellschaften der „Fremden“ und „Molandsbrüder“ selbst Stellung zu nehmen und dem nächsten Verbandstage die Aufhebung dieser Verbindungen bezw. den Ausschluss ihrer Mitglieder aus der Organisation zu empfehlen; denn das Treiben einer Anzahl rabaukulistischer Elemente kann sich die Organisation auf die Dauer nicht gefallen lassen.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überlegen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
 - b) die Sterbeurkunde.
- Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.
- Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 5. bis 10. Dezember für folgende Mitglieder erteilt:
- Pl. Szulacz-Kattowiz, Verb.-Nr. 463 685; Carl Nöhl-Magdeburg, 41 514; O. Meinhardt-Leipzig, 37 425; Andreas Böhnendorf-Schleswig, 176 918; C. Wismann-Görlitz, 221 487; P. Philipp-Worms, 450 015; S. Döring-Mainz, 40 981; Karl Lehn-Danzig, 312 117; G. Baumann-Südtig, 46 813; W. Gallert-München, 228 440; J. Schiller-München, 40 981; Rob. Hille-Freienwalde, 69 426; H. Keller-Glaudaun (Franz), 159 282; Karl Kasper-Falkenstein (Franz), 498 810; Th. Schuler-Magdeburg (Franz), 41 931; G. Richter - Pienburg (Franz), 68 428; G. Minne-Brandenburg (Franz), 027 355; Alb. Matthes-Crimmitschau (Franz), 193 483; H. Müller-Mecklau (Franz), 320 104; G. Händel-Leipzig (Franz), 38 743; W. Webeck-Göttingen, 180 115; A. Fritsch-Würzburg, 047 299; O. Reinhardt-Erfurt, 113 829; W. Frensch-Dortmund, 168 044; J. Hübner-Karlsruhe, 286 910; Joh. Schatz-Karlsruhe, 242 477; A. Klawe-Welle, 298 276; G. Goppel-Frankfurt a. M., 21 536; N. Wolke-Zittau, 283 084; Otto Goebel-Neuhaldensleben, 89 812; Andr. Grembel-Würzburg, 337 187; W. Tiege-Berlin, 502 032; W. Steiers-Samburg, 28 414; O. Mansus-Samburg, 26 197; G. Gewerde-Cuehlthurg, 192 599; Franz Keifer-Dortmund, 64 127; J. Weber-Danzig, 63 073; Ernst Schmidt-Hintersee, 51 073; Aug. Deutsch-Galle, 25 128; Ernst Gieb-Li-Biha (Franz), 97 668; L. Alderman-Frankfurt a. M. (Franz), 273 291; G. Korking - Oldenburg i. Gr. (Franz), 179 308; G. Meißel-Welburg (Franz), 193 603; Jac. Schärer III-Darmstadt (Franz), 261 098; A. Herrschaft-Frankfurt a. M. (Franz), 045 608.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur zu den Kassierer J. Küster, Samburg 1, Renssindlerhof 56, zu abtreffieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 6. bis 10. Dezember 1910 sind folgende Beträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.
 - Althaldensleben A. 19, Alstedt 28,88, Brinkum 299,10, Bielefeld 1600, Colmar i. Elz. 200, Gärstin 200, Großitz 24, Heilsfeld 300, Döbeln 200, Eilenburg 300, Grimmen 70, Göttershausen 45,46, Görbe 200,60, Hagenow 260, Samburg 2400, Heilsberg 800, Kowitz 50, Kröpelin 100, Lützenfeld 550, Lützenstadt 38,25, Mündelheim 60, Meiningen 45, Merane 300, Münster 200, Neustadt i. M. 27, Naumburg an der Saale 150, Osnabrück 400, Pfleibitz 200, Oberhausen 800, Oeynhausen 400, Pössa 32,72, Potsdam 1200, Reichensbach i. Boglt. 100, Roda 47,40, Renssindlerberg 567,50, Sargfeld 4,55, Schwann 100, Stahfurt 40,20, Wilhelmshagen 600, Witten 600, Worms 15,14.

- b) Für Futterale.
 - Gumbinnen A. 3, Leutmannsdorf 2, Mienen 2,50, Osterholz-Scharmbeck 2,50, Rothemühl 1, Sargfeld 2, Schneidemühl 5, Salsungen 1,90, Stuttgart 23, Wolzenberg 2, Zittau 10.

- c) Für Kalender.
 - Alstedt A. 5, Colmar i. Elz. 20, Frankfurt a. M. 750, Friedland 7,50, Göttingen 5,10, Meiningen 15, Pöbeinsd 3,50, Renssindler 12,50, Rusla 5.

- d) Für Protokolle.
 - Arnswalde A. 3, Hammer b. Z. 1,50, Marienburg 2, Peistritz 7, Rusla 15.

- e) „Der Kampf um die Arbeitsbedingungen“.
 - Arnswalde, Colmar i. Elz., Friedland, Görbe, Mienen, Marienburg, Osterholz-S., Pöbeinsd, Pölit, Rothemühl, Sargfeld, Salsungen, Schweinmühle je 75 A, Waisenthal A. 1,50.

- f) Für Ausgaben im „Grundstein“.
 - Cuehlthurg 45 A.

Marken-Verband. Vom 26. November bis 10. Dezember sind Marken verhandelt worden (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitslosensmarken, K = Kassenmarken, L = Lokalfondsmarken).

- Annaberg 300 A & 25 A, Aurich 200 K & 10, Augsburg 20 E & 50, Bielefeld 200 B & 50, 200 B & 55, 200 A & 25, Bismarck 400 B & 60, Bismarck 300 B & 80, Bielefeld 400 B & 70 A, Bergen 1000 B & 50, Blankenhain 100 B & 45, Bebenien 100 B & 50, 300 B & 55, Brinkum 100 B & 65, Borna 400 B & 55, Braunsfeld 100 B & 60, Brühl 200 A & 25, Bräunlich 150 B & 60, Bruchmühle 200 B & 70, Brühl 50 B & 45, 100 L & 10, Bogenburg 100 A & 25, Burg b. Magdeburg 100 B & 55, 50 A & 25, Wegern 100 B & 40, Burgsdorf 500 B & 50, Bochum 1000 B & 75, Cobitz 100 B & 45 A, Croßen 100 A & 25, Cöslin 200 B & 55, 40 A & 25, Cölln 2000 B & 80, Dargun 100 A & 25 A, Dessau 400 B & 60, 50 B & 45, Dörfow 200 B & 55, 100 A & 25, Döbeln 500 B & 50, Doberan 600 B & 55, Dörlitz 100 A & 25, Droyßig 100 B & 50, Deutsch-Billa 800 B & 55, Einbe 400 B & 50 A, Finsterwalde 25 B & 45 A, 50 A & 25, Friedrichroda 1 E & 300, 100 A & 25, 100 B & 40, 100 B & 50, Fallersleben 600 L & 10, Freyenthal 400 B & 60, Gamba 200 B & 60 A, Goldberg i. M. 100 B & 50, Großhadersdorf 25 B & 60, Gölzig 25 A & 25, Grabow 300 B & 50, 100 K & 25, Gumbinnen 400 A & 25, Gießen 400 A & 25, Goslar 500 K & 10, Gütcheitz 200 A & 25, Gelsenkirchen 800 B & 75, Granzburg 500 A & 30, Gr.-Wesden 100 B & 40, Grotz 200 B & 50, 200 B & 60, 200 A & 25, Gurgalt 100 B & 40, 100 B & 45, Habersleben 200 L & 10 A, Habmersleben 100 B & 40, Hagenow 300 B & 55, Hammer b. Z. 100 A & 25, Görbe 300 K & 10, Goldgraben 100 B & 50, Heidenheim 200 B & 60, Hameln 400 B & 65, Huhum 500 B & 60, Heinrichswalde 100 B & 60, Heidehof 600 L & 10, Herzogentum 850 L & 10, Hildes 25 E & 50, Samburg 10 000 B & 90, Heilsberg 400 B & 70, Hötensleben 150 L & 10, Jüterbog 300 A & 25 A, Jarmen 100 B & 50, 200 A & 25, Jüterboschen 200 L & 5, Kabla 400 L & 10 A, Kröpelin 200 B & 50, Karlsruhe 400 K & 10, Klitz 100 L & 10, Klitzingen 20 E & 50, 300 B & 50, 100 A & 25, 100 L & 10, Königs-Lutter 250 B & 50, Kellinghusen 200 B & 60, Laage 100 B & 50 A, 100 A & 25, Landeslust i. Schlef. 400 B & 55, 100 B & 50, 100 A & 25, Leisnig 150 A & 25, Leisnig 100 A & 25, Lützenau 200 B & 50, 50 A & 25, Lübs 50 A & 25, Lützen 200 B & 50, Lützen 400 B & 55, Lützen 50 B & 75, Lützen 25 A & 25, Lützen 12 L & 50, Leutmannsdorf 20 B & 50, 50 A & 25, Lützenburg 300 B & 70, Loburg 5 E & 150, Mänsdorf 50 B & 40 A, Mühlentherndorf 600 B & 50, Marnitz 200 B & 60, 50 A & 25, Meiersdorf 100 B & 50, Mittweida 400 B & 60, 200 B & 50, Meldorf 100 L & 20, Norden 100 B & 40 A, Neustädt 100 L & 55, Neuhaldensleben 100 B & 40, Neura 200 B & 45, Nordhausen 200 A & 25, Nostentinerhütte 500 B & 50, 50 B & 40, 50 A & 25, Neudorf 1 E & 300, 200 B & 50, 200 L & 10, Neudorf i. H. 180 B & 60, Neustadt 200 B & 55, Neustadt a. d. S. 100 B & 60, 50 K & 10, Oberstedt 400 B & 65 A, Oertröbe a. Garz 250 B & 50, 50 B & 45, Oederan 20 B & 75, Oertröbe 200 B & 60, Oertröbe 200 B & 45 A, Plan i. M. 400 B & 50, Reine 20 B & 60, 50 B & 60, Röhren 80 E & 25, Rön 100 A & 60, Rößig 100 B & 55, 100 A & 25, Peistritz 400 B & 25, Pieschen 200 B & 50, 100 L & 10, Peitz 60 B & 45, Rathenow 100 L & 5 A, Rößel 600 B & 50, Rusla 100 B & 60, Rothenburg a. d. Z. 100 B & 40, 200 L & 10, Roggen 20 B & 40, 40 A & 25, 25 B & 60, Rostock 20 B & 50, Schönfeld 50 A & 25 A, Schweffurt 400 L & 10, Salzweel 200 B & 60, Schönebeck 50 B & 60, 100 B & 55, Stabenagen 100 B & 50, Spandau 150 A & 25, Scharnberg 10 A & 25, Stade 300 B & 70, Stelle 50 B & 90, Solingen 40 B & 50, Straßburg i. Elz. 3000 B & 70, Stuttgart 10 000 B & 70, Sangerhausen 100 B & 50, 100 B & 40, Schmalfeld 150 B & 50, Siedlitz 100 B & 60, Siedsburg 50 B & 50, Speyer 400 B & 65, Segeberg 400 B & 60, Sonneberg 500 B & 55, Teuschenthal 100 B & 60 A, Tübingen 300 B & 65, Tautenhain 100 B & 50, Trabenmünde 50 B & 75, Torgelow 100 B & 50, Zittit 400 A & 25, Trebitzsch 200 B & 50, 200 A & 25, Tunda 200 B & 75, 100 A & 25, Wegesad 400 B & 75 A, Wilsdorf 100 B & 40, 100 K & 10, Wilsnac 200 A & 25 A, Wilhelmshagen 18 B & 40, Wilsdorf 300 B & 65, Weisenburg 100 A & 25, Weimar 400 B & 60, Würzburg 30 E & 50, Waburg 100 E & 300 L & 10, 150 B & 50, 50 A & 25, Wölflitz 100 B & 60, 100 B & 50, 100 A & 25, Walfenburg 200 B & 45, Weidau 500 B & 50, Wittenburg 100 B & 60, Wittingerode 50 B & 45, Wolfenbüttel 100 B & 65, 100 B & 45, Wierze 10 B & 50, Witzgen 100 B & 50, Wörlitz 100 B & 65, Zwinge 200 B & 45 A, 5 B & 50, Zwingitz 400 B & 45, Zschwendt 100 B & 40, 200 A & 25, Zersch 25 A & 40.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen: J. Spiegel-Neudorf (Verb.-Nr. 272 483), Aug. Krieger-Nordenburg i. Hann. (484 770), Jacob Wändel-Görlitz (499 522), Chr. Hoff-Oranien (112 196), G. Hoffsch-Siegen (119 853), G. Hartenbach-Worms (185 663), Friedrich Wilschmeyer-Berlin (292 902), D. Antonsen-Sangerhausen (292 235), G. Müller-Gießen (330 215), M. Dietrich-Neumarkt (358 857); außerdem die Mitgliedsbücher der Kollegen: O. Leiniger-Falkenstein (05 527), Fr. Kaiser-Südtig (018 477), Gg. Hötter-Gießen (048 755), Gustav Wolf-Friedberg (051 482), Paul Kulla-Berlin (077 209), W. Wagner-Gallitz (081 546), Joh. Sadowski-Görbe (097 614), W. Schaper-Weinbühl (097 890), Fr. Heub-Saarbrücken (010 080), Fern. Wählig-Neugersdorf (21 569), Gotth. Wiltner-Frankfurt a. M. (069 041), W. Noby-Sagen (089 941), Friedrich Pollack-Dresden (03 993), Robert Carl-Salgweel (06 496).

Der Verbandsvorstand.
Die Adresse des Verbandsrates ist vom 14. Dezember an Hugo Robert, Samburg 26, Wallstr. 1.

Bekanntmachung der Gauvorstände.

Gau Samburg.
Die Adresse des Gauvorstandes ist vom 14. Dezember an Hugo Robert, Samburg 26, Wallstr. 1.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbefehle und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Götha. Unter den hiesigen Kollegen herrscht eine Interesselosigkeit und Gleichgültigkeit, die in Anbetracht der uns bevorstehenden schweren Kämpfe nicht zu begreifen ist. Die Kollegen ziehen es vor, in der Baubude und am Tisch sich zu diskutieren und das Verhalten der Vorstandsmittglieder zu kritisieren, anstatt in der Versammlung zu erscheinen und hier ihre Meinung zu äußern. So fand am 11. November eine Versammlung statt, zu der trotz der äußerst wichtigen Tagesordnung (Wahl der ständigen Verwaltung zum Bauarbeiterverband) von 340 Mitgliedern kaum 60 Kollegen erschienen waren. Der bisherige erste Vorsitzende, Kollege Albert Heube, erklärte, daß er eine Wiederwahl aus Gesundheitsrücksichten und auch aus sonstigen wichtigen Gründen ablehnen müsse. Er hat den Vorsitz jetzt elf Jahre zu zufriedenheit aller Kollegen geführt. Neuwahl wurden in die Verwaltung die Kollegen Edmund Schatz als erster und Paul Götz als zweiter Vorsitzender und Jacob Hege als zweiter Kassierer. Wieder gewählt wurden die Kollegen Friedr. Hege als erster Kassierer und Hugo Oßmann als Schriftführer. Neuwahl sind die Kollegen G. Jörn, Emil Wagner und Carl Wolf. In einer weiteren Versammlung am 2. Dezember erstattete Kollege Heube den Bericht von der Gaukonferenz. Die Versammlung nahm den Bericht mit Aufmerksamkeits entgegen und war mit den Verhandlungen einverstanden. Kollege Fr. Hege berichtete, daß die Unternehmener wiederholt an die Kommission herantreten feien, um über einen Akkord darzulegen zu verhandeln. Die Kommission hat jedoch nach dem Beschluß einer früheren Versammlung jede Verhandlung über einen solchen abgelehnt. Zum Schluß ermahnen wir alle Kollegen, die wollen, daß wir die uns bevorstehenden Kämpfe siegreich überwinden, in den Versammlungen zu erscheinen und die Verwaltung in jeder Weise zu unterstützen. Ganz besonders muß auch unter den Bauhilfsarbeitern für die Organisation agitiert werden, damit wir auch unter der neuen Verwaltung vorwärts kommen.

Leipzig. Am 29. November tagten die hiesigen Mauerer- und Bauhilfsarbeiter im Volksbause zwecks Konstituierung des Zweigvereins. Die bisherigen Vorstände beider Verbände hielten es für ihre Pflicht, die Leitung der konstituierenden Versammlung zu übernehmen. Es wurde aber mit großer Mehrheit ein Antrag angenommen, der den wiedereingezogenen durch einen weiteren Antrag wurde es dem bisherigen Vorstande unmöglich gemacht, eine Einleitung zu dieser Versammlung zu geben. Dann fand ein Antrag, das Protokoll einer gemeinsamen Vorstandssitzung beider Verbände zur Verlesung zu bringen, Zustimmung, obgleich dieses den Vorstandsmittgliedern nicht vorgelesen hatte und daher auf seine Richtigkeit nicht geprüft worden war. Dagegen wurde ein Antrag der Vorstände, den Vorstand des neuen Verbandes aus elf Personen (sechs Mauerern und fünf Bauhilfsarbeitern) zusammenzusetzen, angenommen. Nach einer ausgiebigen und heftigen Debatte zu den Vorständen des Vorstandes und der Versammlung ergab die geheime Abstimmung die Wahl der Kollegen Bauersfeld mit 605 Stimmen als erster und Müller mit 583 Stimmen als zweiter Vorsitzender, Scheibe mit 957 Stimmen als erster und Heinge mit 827 Stimmen als zweiter Kassierer. Als Beisitzer in den Vorstand wurden die Kollegen Wulff, Beschmidt, Dahlheim, Wolter, Reinecke, Reinich und Höfer gewählt. Zu Revisoren wurden die Kollegen Gutjahr, Stätter und Mai bestimmt. Kollege Jacob beanstandete die Wahl

der befohlerten Kollegen und begründete dies mit falscher Auslegung der Stimmen. Dem Einspruch wurde Rechnung getragen und die Wahlkommission zur nochmaligen Prüfung beauftragt. Als diese die Wahl später noch einmal prüfte, ergab zwar die Auszählung ein anderes Resultat, doch konnte an dem Ergebnis nichts geändert werden.

Wienberg-Gürtel. Die zum Zweck der Konstituierung des Zweigvereins Wienberg-Gürtel einberufenen Generalversammlung der Maurer und Bauhilfsarbeiter tagte am 22. November im Saale der „Gubener Hofe“. Kollege Biecker eröffnete sie mit einem Hinweis auf die Wichtigkeit der Tagesordnung und ersuchte die Anwesenden, in der Diskussion klar und sachlich zu bleiben und jede persönliche Spitze zu unterlassen. Vor Eintritt in die Tagesordnung entspann sich schon eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Einige Kollegen beantragten die Einsetzung eines provisorischen Bureaus, von andern wurde gewünscht, die Verwaltung möge den Jahresbericht über ihre Tätigkeit geben. Die Versammlung konnte sich für diese Anträge nicht erwärmen; sie bestimmte die Kollegen Ziegler und Wolfram zu ihrer Leitung. Ueber die Bedeutung der Beschlüsse referierte Kollege Metzel. Er legte in der Hauptsache die Gründe für die Verschärfung dar. Anschließend daran kam er auf die Zusammenfügung des neuen Zweigvereinsvorstandes zu sprechen und wies auf die der gemeinsamen Versammlung vorausgegangenen kombinierten Sitzungen hin, die sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt haben. Der Zweigvereinsvorstand soll sich im neuen Verband aus neun Kollegen zusammensetzen, und zwar sollen, während bis jetzt in den beiden Verbänden vier Kollegen beiderseits waren, in Zukunft nur noch drei beiderseits werden, da sich die Arbeiten durch die Verschmelzung in gewissem Sinne vereinfachen dürften. Der Versammlung wurde anheimgestellt, die Wahlen bezirksweise vorzunehmen. — Zu diesem Punkt entspann sich eine äußerst rege Diskussion, bei der sich verschiedene Kollegen nicht von sachlichen Motiven leiten ließen, sondern die ganze Angelegenheit als Personenfrage aufstellten. Es wurden sodann die Kollegen Ziegler und Wolfram als erste Kassierer und Umkehr und Dräger als erster Stimmennachrichter entschieden, wofür von ihnen den Posten des ersten Vorstehenden beiderseits soll, während der zweite den Posten als zweiter Kassierer zu beiderseits hat, der aber ebenfalls beiderseits sein soll. Bei den für den ersten Kassierer in Vorberathung gebrachten beiden Kollegen hat der in der Minderzahl bleibende Kollege auszuscheiden. — Es wäre noch vieles zu erledigen gewesen, aber nachdem der erste Punkt der Tagesordnung eine geraume Zeit in Anspruch genommen hatte und die Versammlung ziemlich unruhig wurde, wurde sie mit einem dreifachen Hoch auf den neuen Deutschen Bauarbeiterverband geschlossen. — Die Wahlen fanden Sonntag, den 27. November, von vormittags 10 bis nachmittags 3 Uhr bezirksweise im ganzen Zweigvereinsgebiet gemeinsam statt. Es wurden 1712 Stimmzettel abgegeben. Auf den Kollegen Ziegler fielen 1203, auf Wolfram 797, auf Umkehr 1195 und auf Dräger 608 Stimmen. Somit sind Ziegler, Umkehr und Wolfram als beiderseits erwählte Beamte gewählt. Als Beisitzer fielen auf Kollegen Johann Wör 1830, Freym 1287, Zacharias Gottes 1808 und auf Wilhelm Walter 1207 Stimmen. In einer demnächst stattfindenden gemeinsamen Mitgliederversammlung sind noch die nötigen Ergänzungsarbeiten vorzunehmen.

Wiesbaden. Am 5. Dezember fand hier im Gewerkschaftsaule die konstituierende Versammlung des neuen Zweigvereins statt. Kollege Hartmann eröffnete in Vertretung des Kollegen Rübbring den Jahresbericht vom dritten Quartal. Die Hauptaufgabe besteht mit A 5544 Einmachten und Ausgaben ab. Die Einnahme der Lokalfasse betrug A 4494.35, die Ausgabe A 2920.25, so daß ein Bestand von A 1576.10 bleibt. Dieser niedrige Bestand zeigt uns deutlich die Wirklungen der Krise. Da leider viele Kollegen gezwungen waren, Wiesbaden wegen Arbeitsmangels zu verlassen, ging unsere Mitgliederzahl und mithin auch unsere Einnahme bedeutend zurück. Es müssen daher Mittel und Wege gefunden werden, um unsere Lokalfasse wieder auf den früheren Stand zu bringen. Kollege Wilhelm Schneider-Franzfurt a. M. referierte dann über die Tarifverhandlungen in Mitteldeutschland. Er beleuchtete in klaren, treffenden Worten die Latit des Oberdeutschens, der mit Erfolg versucht, den Abschluß des Tarifs hinauszuschieben. Welches Geschick er in der Arbeiterpresse, als sich einige unserer Zweigvereine weigerten, den Schiedspruch anzunehmen. Jetzt ist schon ein halbes Jahr verfließen, und noch immer müssen wir ohne Tarif arbeiten. Rübbring möchte dem Schiedspruch in der Frage des Lohnausfalls am Montag und der Begegnung der Junggeheilen eine Auslegung geben, die wir niemals annehmen können. Nun, wenn die Zeit komme, wo uns das aufstehe, was uns der Schiedspruch zuerkannt habe, werden wir es schon durchgehen wissen. — Die Wahl der Zweigvereinsleitung ergab folgendes Resultat: erster Vorsitzender Kollege Hartmann (Maurer), zweiter Vorsitzender Kollege Schäfer (Bauhilfsarbeiter), erster Kassierer Kollege Rübbring (Maurer), zweiter Kassierer Kollege Horn (Bauhilfsarbeiter), Schriftführer die Kollegen Welbert und Rasper (Maurer), Beisitzer Wolf (Bauhilfsarbeiter). Kollege Hartmann forderte die Kollegen auf, fest und treu zum neuen Bauarbeiterverband zu stehen und immer für ihn zu werben. Wir sollten unsere Kräfte nicht in bürgerlichen Turn- und Gesangsvereinen verbrauchen, sondern sollten nur in solchen Vereinen verbleiben, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen und mit ihr auf das engste verknüpft sind. Nach diesen Worten, die jeder Kollege beherzigen sollte, erfolgte Schluß der Versammlung durch die Besichtigung der Versammlung.

Zur Information der Kollegen lassen wir auch noch einen kurzen Bericht über die am 27. November abgehaltene Gesamtvorstandssitzung folgen, die sich mit der Beitragsfrage befaßte. Der Zweigvereinsauschuß stellte den Antrag, den Lokalaufschlag von 10 auf 20 zu erhöhen. Der Antrag wurde vom Kollegen Hartmann folgendermaßen begründet: Nach der Lohnsenkung, die wir infolge der diesjährigen Ausperrung erlangen hätten und durch die jeder Kollege einen Mehrerwerb von annähernd A 100 im Jahre habe, könnte man doch gewiß A 4 an die Zweigvereinskasse zahlen. Durch die wirtschaftliche Krise habe eine große Anzahl Kollegen ihr Brot auswärts suchen und naturgemäß die Beiträge an ihrem Beschäftigungsort zahlen

müssen. Dadurch seien die Einnahmen für die Lokalfasse bedeutend gesunken, so daß die Lokalfasse, die vor Jahren einen Reibstand von A 6000 aufwies, jetzt nur noch einen Reibstand von A 1576 habe. Die Kassa sollte mehr für die kommenden Kämpfe ausgerüstet werden, weshalb keine Baupreisen aus der Lokalfasse getragene werden müßten. Darum sollte man die Lokalfassen mehr und mehr ausbauen. Dies sei aber nur durch die Erhöhung des Lokalaufschlags möglich. Wiesbaden hätte immer erst auf Anregung des Gausvorstandes zur Erhöhung der Beiträge Stellung genommen; heute sollten die Kollegen von Wiesbaden einmal im Gau an erster Stelle stehen. Gäßen sie doch bei dem letzten Kampfe gezeigt, daß sie zu kämpfen verfehen. Auch hätten sie (mit ganz geringen Ausnahmen) ihre Streikbeiträge voll gezahlt. Die Unternehmer rüsten zu kommenden Kämpfen, deswegen sollten die Kollegen von Wiesbaden nicht zurückbleiben. Gäßen doch die Bauhilfsarbeiter, die wirtschaftlich bedeutend schlechter ständen als unsere Kollegen, eine Beitragserhöhung von 55 auf 85 S beabsichtigen, nur um mit den Maurern gleichgestellt zu sein. — Der Antrag des Auschusses wurde heftig bekämpft. Kollege Güttmann, der anwesend war, trat warm für die Erhöhung des Lokalaufschlags ein. Der Antrag wurde nach heftiger Debatte angenommen, und es sollen nun während des Winters in allen Jahrestellen Versammlungen stattfinden, um unsere Kollegen zu überzeugen, wie notwendig die Erhöhung des Lokalaufschlags von 10 auf 20 S ist.

Sittau. Zur Konstituierung des hiesigen Zweigvereins war am 4. Dezember eine Generalversammlung nach dem Gewerkschaftsaule einberufen. Der gemeinsamen Versammlung mit den Bauhilfsarbeitern ging eine solche der Maurer voraus, an der außer dem Zweigvereinsvorstande und dem Gauleiter Kappe 60 Delegierte teilnahmen. Acht Delegierte hatten sich entsuldbigt. Zum Geschäftsbericht wurden von einigen Kollegen Anfragen gestellt, die vom Vorstande und den Revisoren beantwortet wurden. Außerdem war ein Kollege der Meinung, daß die Ausgaben für die Bibliothek unnütz seien; diese Ansjanung wurde von einem großen Teil der Delegierten und besonders vom Kollegen Kappe zurückgewiesen. Zum Punkte „Anträge“ seien folgende Beschlüsse erwähnt: Zwei Anträge auf Unterstüzung aus dem Unterstüzungsfonds wurden dem Vorstande zur Verwirklichung überwiesen. Des weitern sollen in allen größeren Orten, wo eine starke Mitgliederzahl vorhanden ist, dem Bedürfnis entsprechende Mitgliederversammlungen abgehalten werden. Der wichtigste Punkt der ganzen Tagesordnung überhaupt war „Extrabeitrag zum Gewerkschaftsaule“. Obwohl diese Frage die Gemüter nach Bekanntwerden der Tagesordnung etwas erhitze hatte, wurde die Notwendigkeit der Regelung dieser Angelegenheit von den Delegierten im allgemeinen anerkannt, zumal die übrigen Gewerkschaften — wenigstens der größte Teil von ihnen — ihrer Verpflichtung, pro Mitglied A 2 zu zahlen, schon vor längerer Zeit nachgekommen sind. Es drehte sich vor allem um die Frage, ob der Beitrag von jedem Mitglied durch Extrabeitrag aufzubringen sei, oder ob der Betrag überhaupt aus Mitteln der Lokalfasse gezahlt werden solle. Wenn auch nach den erläuternden Ausführungen unseres Vertreters in der Volkskassungskommission eine lebhafte Debatte einsetzte, so wachte sich doch kein Redner gegen den eingegangenen Antrag, noch in diesem Jahre A 1000, am 1. Juli 1911 weitere A 500 und am 1. Juli 1912 den Rest zu zahlen. Allgemein war die Ansicht vorherrschend, daß ein besonderer Extrabeitrag von den Mitgliedern nicht erhoben werden solle. Der genannte Antrag wurde gegen vier Stimmen angenommen. Weiter beschäufigte sich die Versammlung mit der Wiederannahme der Streikbrecher in die Organisation. Hierzu wurde beschlossen, daß die, die aus Anlaß der Ausperrung die Organisation verlassen haben oder ausgeschloffen wurden, an die Lokalfasse eine Buße von A 20 und die, die bei Beginn der Ausperrung nicht Mitglied waren, aber bei Unternehmern arbeiteten, die sich an der Ausperrung beteiligten, eine solche von A 15 zu zahlen haben. Darüber, wer von den Streikbrechern überhaupt noch aufgenommen werden darf, sollen die Kollegen in den einzelnen Orten selbst entscheiden. Außerdem soll jedes Mitglied eine Liste der Streikbrecher mit den dazu erforderlichen Vermerklungen durch die Kolporteurs zugestellt erhalten.

Damit war die Tagesordnung für die Delegierten der Maurer erledigt und die gemeinsame Versammlung trat nun in die Verhandlung ein. Hier kam zunächst die Wahl des Vorstandes zur Verhandlung. Die vorausgehenden war, kam es dabei zu sehr erregten Auseinandersetzungen zwischen den Bauhilfsarbeitern und Maurern. Der Vorstand des Zweigvereins der Maurer hatte in seinen letzten Sitzungen versucht, die Bauhilfsarbeiter dazu zu bewegen, sich auf eine gemeinsame Vorschlagsliste zu einigen. Die Hilfsarbeiter waren aber dazu nicht zu bewegen. Sie beanspruchten unter allen Umständen den ersten Vorstehenden für sich und wollen außerdem auch den Posten des Kassierers einnehmen. Die Maurer konnten aber aus Gründen, die hier nicht weiter erörtert werden sollen, von ihrem Vorschlage, den neuen Vorstand aus sieben Personen bestehen zu lassen und die Aemter in folgender Weise auf die beiden Berufe zu verteilen: den Posten des ersten Vorstehenden sowie des ersten und zweiten Kassierers und eines Schriftführers den Maurern, des zweiten Vorstehenden, eines Schriftführers sowie eines Beisitzers den Bauhilfsarbeitern nicht abgehen. Die Bauhilfsarbeiter hatten eine Vorschlagsliste eingereicht und ließen außerdem noch durch ihren Vorstehenden erklären, daß sie unter keinen Umständen von ihrem Vorschlage zurücktreten würden. Dadurch sah sich der Vorstand der Maurer gezwungen, die Gründe darzulegen. Nach sehr erregter Debatte wurde sodann die Wahl im Sinne der Maurer entschieden. Als erster Vorsitzender wurde Adolf Junge, als Stellvertreter Friedrich, als Kassierer Paul Müller und Hermann Schöne, als Schriftführer Heinrich Damania und Reinhold Günther und als Beisitzer Franz Peterz gewählt. Als Revisoren wurden zwei Maurer und ein Bauhilfsarbeiter (Johann Kosselt, Hermann Schwarzbad und Michel) und zur Verwaltung des Unterstüzungsfonds ebenfalls zwei Maurer und ein

Bauhilfsarbeiter (Franz Engler, Richard Kretschmer und Gustav Deutinger) gewählt. In die Volkskassungskommission wurden Adolf Junge (Maurer) und Franz Peterz (Bauhilfsarbeiter) gewählt. Des weitern wurde einstimmig beschlossen, bei dem angefertigten Geschäftsführer die Beschlüsse des Verbandstages zur Anwendung zu bringen. Nach einem kräftigen Schlußwort des Kollegen Kappe, der ersuchte, allen vorausgegangenen Streit zu vergeffen und dafür zu sorgen, daß die neue Organisation in jeder Hinsicht dem Feinde gegenüber gerüstet dastehet, wurde die Versammlung geschlossen.

Ungetreuer Kassierer.

Der frühere Hilfskassierer Johann Kreuz in Lempe, Zweigverein Remscheid, ist am 17. November wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern von der Oberfelder Strafkammer zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden.

Fliesenleger.

Cassel. In Nr. 45 des „Grundstein“ war ein Bericht aus Cassel veröffentlicht worden, der sich mit dem Zwischenunternehmer Kolmes resp. mit den bei diesem herrschenden Zuständen beschäftigte und die auswärtigen Kollegen warnen sollte, ohne weiteres auf die Sirenenengänge obigen Unternehmers einzugehen und ihnen nicht, sich vorher bei der Sektion der Fliesenleger in Cassel zu erkundigen. In Nr. 49 des „Grundstein“ verlangt Herr Kolmes mit Bezug auf den § 11 des Preigesetzes eine Verächtigung und erklärt alle im ersten Artikel aufgestellten Behauptungen für unwahr. Es sei unwahr, daß er die Fliesenleger getäuht habe, daß er 60 bis 70 S pro Stunde bezahle, er bezahle sämtlichen 70 S. Es soll ferner unwahr sein, daß er 30 bis 40 qm Wandplatten pro Woche von einem Fliesenleger angeeignet verlange und daß die Arbeit nur 14 Tage dauere; tüchtige Fliesenleger fänden bei ihm dauernde Arbeit. Unwahr soll auch sein, daß er Arbeit amsonst verlangt hätte, und daß er von einem Fliesenleger 6 bis 7 qm pro Tag anzuführen verlange und er für den Quadratmeter A 2.70 bezahle.

Nach dieser Verächtigung scheint also Herr Kolmes die reinste Unschuld zu sein und nur die Fliesenleger selbst sind daran schuld, daß bei ihm nicht alles so ist, wie es sein sollte.

Etwas anders liegt aber die Sache denn doch! Herr Kolmes stellt an die Leistungsfähigkeit recht hohe Anforderungen; 6 bis 7 qm pro Tag müßte ein tüchtiger Fliesenleger ansetzen. Diese Forderung hat er mehreren Kollegen gegenüber getan. Da aber viele hiesige Kollegen eine solche Leistung nicht vollbringen können, sind sie eben nach Kolmes Meinung nicht „tüchtig“, und er sucht deshalb durch Anzeigen in auswärtigen Zeitungen „tüchtige“ Fliesenleger, denen er dauernde Arbeit zusichert. Mander Kollege, der auf diese Anzeigen hineingefallen, die Herstellungsgewehnde und bei Herrn Kolmes Arbeit genommen hat, hat nach kurzer Zeit die Erfahrung machen müssen, daß die dauernde Arbeit schon wieder zu Ende war, eben weil er Herrn Kolmes nicht leistungsfähig genug war. Mander Kollege aus den verschiedensten Gauen Deutschlands hat schon diese Erfahrung gemacht, 6 bis 7 qm muß ein tüchtiger Fliesenleger ansetzen können, sagt Herr Kolmes. Aber eben weil dies nur wenige fertigbringen, deshalb haben auch nur wenige Kollegen dauernde Arbeit, da dauernde Arbeit bei ihm nur tüchtige Kollegen haben — sofern er überhaupt Arbeit hat. Wenn im ersten Artikel behauptet worden ist, er bezahle 60 bis 70 S, so ist das darauf zurückzuführen, daß er in Cassel selbst 60 S, außerhalb Cassels 70 S bezahlt. Wir wollen glauben, was Herr Kolmes berichtigt, daß familiäre Regier. 70 S bekommen, aber dann haben eben sämtliche außerhalb Cassels gearbeitet. Daß Herr Kolmes für den Quadratmeter Fliesen A 2.70 bekommt, kann zwar nicht positiv nachgewiesen werden; aber sollte Herr Kolmes als Unternehmer weniger bekommen, als in andern Orten mit gleichen Verhältnissen die Gesellen? Das kann man doch nicht annehmen! Wenn dies aber der Fall sein sollte, dann erklärt es sich auch, warum Herr Kolmes an einen Kollegen, der bei ihm um Arbeit anfragte, dessen Leistungsfähigkeit er jedoch noch nicht kannte, die Zuzumutung stellte, er möge erst einmal einige Zeit zur Probe bei ihm arbeiten. Natürlich verzichtete der Kollege unter solchen Umständen auf Herrn Kolmes Arbeit. Also ein Eborado findet kein Kollege bei Herrn Kolmes. Um sich vor Enttäuschungen zu schützen, möge sich jeder Kollege, der durch Anschreiben oder durch Anzeigen wegen Arbeitsannahme mit ihm in Verhandlung tritt, sichern, damit er nicht größere Ausgaben für Reise usw. macht, ohne Erfolg dafür zugesichert zu bekommen, wie es Kollegen aus verschiedenen Gegenden ergangen ist.

Zentralfrankenkasse.

(„Grundstein zur Einigkeit“)

Rechnungs-Abschluß für das 3. Quartal 1910.

(Juli, August, September.)

Einnahme.

Barer Bestand am Schluß des 2. Quartals	...	M.	83271,79
Zinsen von belegten Kapitalien	...	"	4112,-
Eintrittsgelder	...	"	1482,-
Beiträge von Mitgliedern der 1. Klasse	M. 139956,50		
" " " " 2. " " "	163496,25		
" " " " 3. " " "	9027,50		
" " " " 4. " " "	1158,90		
Grafsteuer	...	"	9863,-
			323501,55
Ersatzleistungen von Berufsgenossenschaften und Unternehmern	...	"	2846,48
Sonstige Einnahmen: für Quittungsbücher, Straf-gelder usw.	...	"	1184,68
Summe der Einnahmen	...	M.	416298,60

Ausgabe.

Für ärztliche Behandlung	M. 85987,19
Arznei und sonstige Heilmittel	24252,52
Kranfengeld:	
a) an Mitglieder der 1. Klasse	M. 56803,80
" " " 2. " "	52855,15
" " " 3. " "	4265,95
" " " 4. " "	430,60
b) an Angehörige	116784,80
Eiergeld für Mitglieder der 1. Klasse	M. 8217,50
" " " 2. " "	3885,-
" " " 3. " "	285,-
Für Kur- u. Verpflegungskosten an Krankenanstalten	7857,50
Zurückgezahlte Beiträge und Eintrittsgelder	20252,43
Für Kapitalanlagen	85,-
Verwaltungsausgaben:	79500,-
a) persönliche	M. 22625,44
b) sachliche	5779,52
Summe der Ausgaben	84949,10

Abschluß.

Summe der Einnahmen	M. 416298,50
Summe der Ausgaben	81949,10
Erbläßt einen Barbestand am Schlusse des 3. Quartals	M. 96804,40

Vermögensausweis.

Barer Kassenbestand laut Abschluß	M. 96804,40
Belegte Kapitalien:	
a) In Hypotheken	M. 478200,-
b) Sparfassenanlagen	278209,52
c) Bankeinlagen	28600,-
Summe	785010,04

Demnach betrug d. Gesamtvermögen am 1. Okt. 1910 M. 881814,44

Oertliche Verwaltungsstellen: 354. Mitglieder: 95760.

Für den Vorstand:
 Karl Reich, Fr. Kläschen, Kassierer.
 Vorsitzender Rechnungsabschluss ist von uns revidiert, mit den Kassenbüchern und Belegen übereinstimmend befunden. Das Kassenvermögen ist uns nachgewiesen resp. vorgelegt worden.

Für den Aufsicht:
 Ed. Müggenburg, Seiner. Schulze, Martin Graf.

In der Woche vom 4. bis 10. Dezember sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Berlin M. 1000, Charlottenburg 1000, Brandenburg a. d. S. 1000, Hofen 800, Hamburg 500, Nowawes 600, Osnabrück 400, Oranienburg 400, Neumünster 300, Ostingien 300, Wilmersdorf 300, Leitzig 250, Nienstedten 250, Queblinnburg 250, Büffelhof 200, Ottenhof-Ostilla 200, Leitzig-Neudorf 200, Salla a. d. S. 200, Mariendorf 200, Witten 1. B. 200, Halberstadt 200, Mostof 200, Werden a. d. U. 150, Tempeln 150, Reichen 150, Mathenow 150, Langenlebach 150, Rehin 150, Grünau 150, Jzewant 100, Bäderitz 100, Swinemünde 30. Summa, M. 10.230.

Zuschüsse erhielten: Reinbet M. 200, Malchin 200, Kauffen a. Neckar 100, Queblinnburg 100, Waldorf 100, Darmstadt 60, Schönhausen a. d. C. 60. Summa M. 810.

Aktiona, 10. Dezember 1910.
 Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Länen. Am 29. November stürzten am Bau des Amtsgerichts durch den Bruch eines Gerüstbrettes zwei Maurer 6 m hoch ab. Während einer so glücklich fiel, daß er die Arbeit fortsetzen konnte, trug der andere eine Kopfverletzung davon, so daß er zunächst mit der Arbeit aussetzen mußte.

Obernitz. Hier wird vom Hotelbesitzer Beter ein größerer Kanjaka nebst Nebenräumen neu errichtet. Der Neubau wird vom Maurermeister Vogt ausgeführt. Am 1. Dezember, früh 4 Uhr, stürzte nun eine zirka 8 bis 9 m hoch aufgeführte Giebelwand ein. Der Einsturz ist darauf zurückzuführen, daß diese Wand ohne jegliche Verankerung am mauerwerk angebracht wurde, trotzdem dem Polier Bedenken aufstiegen, die aber vom Bauherrn in den Wind geschlagen wurden. Auch wurde das Mauerwerk zirka 6 cm nach innen übergezogen (der Einsturz erfolgte nach innen), damit es mit dem alten Gebäude in einer Flucht blieb. Die angebrachten Verstärkungseisen jedoch wurden nach außen vorgezogen, so daß es den Anschein erweckt, als wären die Pfeiler so schwach angelegt worden. Außerdem scheint die Widerfähigkeit des Mauerwerks minderwertig zu sein; denn bei dem Abtragen des stehengebliebenen Teiles konnte man ohne Mühe die Ziegel wegnehmen. Ferner scheint die große Antreiberei ihren Teil dazu beigetragen zu haben, daß die Qualität der Arbeit zu wünschen übrig läßt. Als die Mauer zu Beginn der Arbeit die Aufnahme derselben bewerkstelligt, hieß sie der Unternehmer fortsetzen; die Widerpfeiler aber wollte er sogar wegen Hausfriedensbruchs angehen, trotzdem ein großer Teil von ihrem Arbeitsgerät unter den Krümmern lag. Zu betonen ist aber, daß die Ortspolizei das Weiterarbeiten nicht untersagte, bis die Ursache des Einsturzes festgestellt war. Denn nur dem Umstand, daß der Einsturz in der Nacht erfolgte, ist es zu verdanken, daß zehn bis zwölf Menschen nicht in Lebensgefahr gerieten. Sollenhaft werden die Obernitz-Maurer aus diesem Vorkommnis ihre Lehre ziehen und mehr noch als bisher für Festigung der Organisation sorgen. Denn nur durch die größte Solidarität kann dem Unternehmer gezeigt werden, daß die Arbeiter nicht mehr willens sind, ihr Leben für den Profit des Unternehmers aufs Spiel zu setzen.

Satzweil. Am 8. Dezember, fünf Minuten nach 12 Uhr, stürzte auf dem Unternehmer Cordis aufgeführten Neubau, Bismarckstr. 6, ein Balken herab, glücklicherweise ohne Menschen zu verletzen. Wäre der Balken

allerdings auch nur fünf Minuten früher abgestürzt, so wären sicher mehrere Kollegen zu Schaden gekommen. Der Balken herrschte, ist hier einmal offen zutage getreten. Die Träger des Balkens waren 10 cm stark und hatten eine Auflage von 1,60 m; jetzt hat man Träger von 18 cm Stärke eingebaut und ihnen eine erheblich größere Auflage gegeben. Solche Ereignisse sollten eigentlich die Baupolizei beanlassen, etwas sorgfamer aufzupassen.

Spanbau. (In einer Baugrube verschüttet.) Ein schwerer Unfall ereignete sich am 5. Dezember bei den Ausschachtungsarbeiten auf dem neuen Personenbahnhof. Als der in Spanbau anfällige vierzigjährige Arbeiter Sch. in eine 4 m tiefe Baugrube hinabgestiegen war, um dort Ausschachtungsarbeiten vorzunehmen, gab die Verfestigung plötzlich nach und die herabstürzenden Erdmassen begruben den Unglücklichen unter sich. Zum Glück war der Vorfall bemerkt worden, und der fieberhaften Arbeit einiger Bauarbeiter gelang es, den Verschütteten nach einigen Minuten von dem auf ihm lastenden Breiten und Erdmassen frei zu machen. In besinnungslosem Zustande wurde der Verunglückte nach dem Spanbauer Krankenhaus überführt, wo festgestellt wurde, daß Sch. der Brustkorb eingedrückt worden war. Ferner wurden eine schwere Gehirnerschütterung und innere Verletzungen konstatiert. Der Zustand des Patienten ist fast hoffnungslos. Die Bauarbeiten wurden von der Polizei bis auf weiteres inhibiert. Das Unglück ist nach Ansicht der Behörde dadurch entstanden, daß die Verfestigungen der Baugrube nicht ordnungsmäßig besetzt waren.

Stegitz. Ein folgenschwerer Unglücksfall, bei dem ein junges Menschenleben zu beklagen ist, trug sich in der Freigasse Nr. 39 a zu. Dort wurde vom Bauunternehmer Paul Wierns ein Giebel gepußt. Hierzu war ein Leitergerüst aufgestellt und vom Mästel auf ein Klöben angebracht. Der Arbeiter Adelsheid, damit beschäftigt, eine Blechfläche auszubauen, in der Schmieröl für den Klöben geholt werden sollte, befand sich am Fuße der Stütze unmittelbar unter dem Klöben. Während dieser Zeit wurde von andern Arbeitern ein Eimer Mästel nach oben gezogen. Als der Eimer eine beträchtliche Höhe erreicht hatte, löste er sich auf unauferkante Weise aus dem Giebel, fiel in die Tiefe und traf den Arbeiter Adelsheid so unglücklich auf den Kopf, daß er sofort tot zusammenbrach. Ihm war hochschätzbares Schicksal geschehen. Adelsheid hand im Alter von 24 Jahren und hatte die Einkäufe zu seiner Verzeirung, die am Weinstockfest stattfinden sollte, besorgt. Nach dem Unfall wurde die Arbeit polizeilich gesperrt, aber am 8. Dezember wieder freigegeben. An demselben Tage fiel nun wieder ein Balken von oben herab, glücklicherweise ohne jemand zu treffen. Dieser Fall beweist doch wieder, daß es notwendig ist, bei derartigen Arbeiten Leute auf die Stütze zu stellen, die sich ohne Angst frei und sicher bewegen und die nicht an einer bodenlosen Festschäftigkeit leiden, durch die sie sich selbst und ihre Mitmenschen ins Unglück stürzen.

*** Der Bauarbeiterkongress in Dresden nach der Statistik.** Die Bauarbeiterkongresskommission in Dresden veranstaltete vom 17. bis 21. November in Dresden und Umgebung eine Bautenkontrolle. Kontrolliert wurden im ganzen 122 Bauten. Davon befanden sich in Dresden 96, in der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt 17 und in der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt 9 Bauten. Von den 122 Bauten befanden sich 77 im Hochbau und 45 im Ausbau. Von den 77 im Hochbau befindlichen Bauten waren 63 Wohnhäuser; die übrigen 14 waren Fabriken, Schulen usw. Bei den 77 im Hochbau befindlichen Bauten waren die Unternehmer in 41 Fällen Innungsmeister. Auf den kontrollierten Bauten waren insgesamt 2910 Personen beschäftigt; davon auf den im Hochbau befindlichen Bauten 2247 und in Innenbauten 663 Personen.

Folgende Mängel wurden auf den 77 Hochbauten angetroffen: Die Unfallverhütungsvorschriften gingen nur auf 42 Bauten vollständig aus, auf 31 Bauten nur zum Teil und auf 4 Bauten schien sie vollständig. Gemauerte Bretter zum Belegen der Gerüste wurden auf 50 Bauten benutzt, auf 7 dagegen Schwarzem. Sockelbretter fehlten auf 7 und genügen starke Barrieten auf auf denen gearbeitet wurde, vollständig belegte Gerüste. Nicht vollständig abgedeckt war die Wallenlage, auf der gearbeitet wurde, auf 5 Bauten. Auf 27 Bauten wurde die Wallenlage mit gesäumten Brettern abgedeckt, bei den übrigen mit Schwarzem. In 7 Fällen war die darunter befindliche Etage nicht abgedeckt. Auf 4 Bauten waren die Zugänge zu den nichtabgedeckten Etagen nicht abgeperrt. Steinflüsse in Gängen und auf Treppen befanden sich auf 3 Bauten. An den Kaufbrücken und Treppen fehlten 15 mal die Geländer. An 16 Bauten waren unter dem in Arbeit befindlichen Lauf der Treppe keine Schutzgitter angebracht. Auf 20 Bauten waren über den Gängen im Bau, den Arbeitsplätzen der Kalktöpfe, Steinmehlen, Wühlhauer usw. keine Schutzdächer angebracht. In 14 Fällen wurden 14 vorgefunden, auf 3 Bauten konnte nicht kontrolliert werden, da der Einlass verwehrt wurde. Die Baubanden waren auf drei Stellen viel zu klein. Es wurden festgestellt: ein Bau mit 70 Arbeitseuten und einer Baubande von 48 qm, ein Bau mit 55 Leuten und einer Baubande von 28 qm, ein Bau mit 120 Leuten und einer Baubandenfläche von insgesamt nur 64 qm. An 3 Bauten befand sich die Baubande in dem im Hochbau betriebenen Bau. Auf 8 Baubanden befand sich kein wasserfestes Dach. An 13 Stellen waren die Baubanden mit keinen dichten Seitenwänden versehen. An 7 Stellen konnten die Fenster in den Baubanden nicht geöffnet werden. In einer Baubande wurde kein vorläufiger Fußboden vorgefunden. An 7 Stellen waren die Baubanden nicht gereinigt, in einem Fall wird die Reinigung alle drei Wochen vorgenommen. Tische und Bänke in der Baubande wurden überall vorgefunden. Ein heizbarer Ofen fehlte an einer Stelle. In 5 Fällen wurden Seile, Ketten, Zement usw. in der Baubande aufbewahrt. Aborte waren überall vorhanden. Die Entfernung der Aborte von der Baubande schwankte zwischen 2 m und 45 m; 2 m Entfernung wurde an zwei Stellen konstatiert. Die Sitze in den Aborten waren in 10 Fällen

sehr mangelhaft. Es wurde festgestellt, daß zum Beispiel an drei Stellen auf je 25 Personen ein Sitz kam, an einer Stelle auf 28 ein, einmal auf 30 ein, einmal auf 32 ein, einmal auf 35 ein, einmal auf 40 ein und an einem Bau kam sogar auf 45 Arbeiter ein Abortstuhl. An einer Stelle befand sich der Abort im Keller des Baues. Von aßen in den Abort hineinsehen konnte man an drei Stellen. Ein wasserfestes Dach auf dem Abort fehlte 17 mal. In 46 Aborten befand sich kein Fußboden. Wasserdicthe Tonnen fehlten an 16 Stellen. An einem Bau wurde ein Wasserlocht vorgefunden. 11 mal waren nur Erdlöcher vorhanden. An 21 Stellen wurden die Aborte nicht regelmäßig geleert. 47 Aborte waren nicht desinfiziert. Die Sitzbretter waren an 22 Aborten nicht gereinigt. Trichter auf den Tonnen fehlten an 22 Stellen. Auf 56 Bauten waren in den Etagen, wo gearbeitet wurde, keine Pissoirs vorhanden. Verbandskasten mit Verbandung fehlte auf drei Bauten. Anweisungen über Hilfeleistung bei Unglücksfällen waren an 36 Bauten nicht angehängt. Dachleder und Klemmer arbeiteten auf 28 Bauten am Dach. Schutzgerüste zum Materialauffangen und zur Verhinderung des Absturzes von Arbeitern waren an 47 Bauten nicht vorhanden.

Auch in den 45 Innenbauten wurden ein Reihe Mängel angetroffen. Unfallverhütungsvorschriften waren an sechs Bauten nicht vorhanden. In neun Bauten waren Maler- und Stukaturgerüste mit keinen gesäumten Brettern angelegt. In sechs Bauten waren die Gerüste überhaupt nicht vollständig angelegt. Mühlstein, Steinflüsse usw. wurden auf vier Bauten in den Treppen und Gängen festgestellt. Auf drei Bauten fehlten an den Freitreppen und Böden die Geländer. Vor Zugluft durch Fenster oder interimschlechte Fenster waren die Arbeitsräume in vier Bauten nicht geschützt. Auf einem Bau wurden während der Arbeitszeit Kofe gekaut, so daß Rauch und Gas vorhanden waren. Das Mühlzeug für Köpfer bestand in acht Fällen aus Wöden, in vier Fällen aus Leitern, und in zwei Fällen war überhaupt kein Mühlzeug vorhanden. In sechs Bauten war die Wallenlage nicht abgedeckt, so daß ein Einsinken oder Umfallen der Wöde nicht ausgeschlossen war. Ein verschließbarer Raum zum Ankleiden wurde auf drei Bauten bemerkt. Ein gesonderter Raum zum Einnehmen der Mähzeiten fehlte auf 17 Bauten. In acht Fällen war dieser Raum nicht heizbar. Verbandskasten und Verbandung fehlten an acht Stellen. An sieben Stellen entsprach der Abort nicht den gesundheitlichen und sittlichen Anforderungen. In 21 Bauten fehlten die Urineimer. An einer Stelle war über dem Abort überhaupt kein Dach angebracht. An einer Baubande fehlten an den Seitenwänden Bretter. Auf einem Bau wird in der Baubande Material aufbewahrt. Soweit diese Statistik. Auch hier ist wieder einmal auf deutlichste zu erkennen, wie von vielen Unternehmern die Bauarbeiterchutzbestimmungen nicht eingehalten werden. Im Jahre 1911 finden in Dresden die Internationale Hygiene-Ausstellung statt. Ob auch die Unternehmer, die auf diesem Gebiet ihren Pflichten nicht nachkommen, ihre Einrichtungen ausstellen werden, so zum Beispiel auf 45 Arbeiter ein Abort, oder statt wasserdicthe Tonnen Erdlöcher? Wähllich: Diese Mängel werden nicht früher verschwinden, als bis Baubandenkontrolleure aus Arbeiterkreisen vorhanden sind.

Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe.

Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes im Baugewerbe, die der Oktober in diesem Jahre gegen den September gebracht hat, ist die größte gewesen, die in den letzten fünf Jahren zwischen beiden Monaten erkennbar war. Schon im September konnten wir darauf hinweisen, daß die Erleichterung, die erfahrungsgemäß dieser Monat zu bringen pflegt, so niedrig gewesen war, wie in keinem der Jahre seit 1906. Im Vorjahre hatte nun eine Erhöhung des Andrangs Arbeitsfuchende auf 100 offene Stellen von 119,90 im September auf 139,75 im Oktober stattgefunden. In diesem Jahre stellten sich auf je 100 offene Stellen im September 134,94 und im Oktober 195,04 Arbeitsfuchende ein. Die folgende Tabelle gibt einen Ueberblick darüber, wie sich der Arbeitsmarkt im Baugewerbe in den Monaten Juli bis Dezember der Jahre 1906 bis 1910 gestaltet hat. Auf je 100 offene Stellen kamen Arbeitsfuchende:

	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
1906	110,48	107,08	98,52	118,66	141,70	187,20
1907	110,18	108,80	89,30	118,14	159,20	215,70
1908	142,74	160,90	134,60	185,77	248,49	330,74
1909	147,92	160,80	119,30	139,75	176,15	278,79
1910	136,57	145,29	134,94	193,04		

Es ist also der Andrang, den der Oktober diesmal brachte, außerordentlich hoch gewesen; ja selbst im Jahre 1908 war der Andrang nicht so groß, wie in diesem Jahre. Auch die Verschlechterung, die der Oktober alljährlich bringt, war diesmal besonders groß. 1908 waren im Oktober auf 100 offene Stellen 61,17 Arbeitsfuchende mehr als im September festgestellt worden; in diesem Jahre meldeten sich auf 100 offene Stellen nahezu ebensoviel, nämlich 53,10 mehr Arbeitsfuchende als im September. Außerordentlich sind die Verschlechterungen in den Veranderungen, die der Oktober für die einzelnen zum Baugewerbe zählenden Berufsgruppen gebracht hat. In fast allen Gruppen sind erhebliche Verschlechterungen zu konstatieren, wenn wir auch in einem Falle eine leichte, aber kaum ins Gewicht fallende Besserung bemerken können. Wir lassen in der nächsten Tabelle die Zahl der in den einzelnen Berufsgruppen auf 100 offene Stellen sich meldenden Arbeitsfuchenden folgen:

	1909		1910	
	Sept.	Oktober	Sept.	Oktober
Maurer, Fuher, Stukaturer	155,15	188,36	153,71	154,88
Zimmerer, Treppennader	145,23	173,41	157,15	218,92
Maler, Anstreicher, Kassierer	127,20	208,58	107,76	208,62
Glaser	112,50	114,50	103,87	103,26
Uebrige gelernte Berufe	124,10	123,30	183,66	218,66
Erdarbeiter, Bautageelöhner, Handlanger	180,62	193,50	122,16	128,74

Mit Ausnahme der Maier haben alle Gruppen unter einem Antrage des Andrangs Stellungsuchender zu liegen gehabt. Im Vorjahre war auch bei der Gruppe „Leibliche gelehrte Berufe“ und bei den Erbarbeitern, Baugelöhnern und Sandbläsern eine leichte Verbesserung eingetreten, die sich im Jahre 1910 in eine Verschlechterung gewandelt hat. Maurer, Fuher und Stukkateure haben in diesem Jahre relativ wenig unter der Verschlechterung der Lage zu leiden gehabt. Sattte sich im vorigen Jahre der Andrang Arbeitjünder auf je 100 offene Stellen von 155,15 im September auf 183,36 im Oktober vergrößert, so stieg diese Zahl in diesem Jahre nur von 133,71 auf 134,53. Diese nur geringfügige höhere Belastung des Arbeitsmarktes im Reichsbudgetmittel in diesem Jahre schließt indessen nicht aus, daß sich in einer ganzen Anzahl von Provinzen und Landesteilen die Lage gegen das Vorjahr erheblich verschlechtert hat, wenn auch der Oktober gegen den September in diesem Jahre eine Erleichterung brachte. Ost- und Westpreußen, Berlin, Posen, Schleswig-Holstein, Hessen-Nassau, das Königreich Württemberg, Hamburg, Lübeck und Elsaß-Lothringen boten im Oktober dieses Jahres für Maurer, Fuher und Stukkateure schlechtere Arbeitsbedingungen als im Parallelmonat 1909. Aus der folgenden Tabelle ist ersichtlich, wieviel Arbeitjünder in der Berufsgruppe der Maurer, Fuher und Stukkateure auf je 100 offene Stellen in den betreffenden Provinzen und Landesteilen während der Monate September und Oktober 1909 und 1910 kamen:

	1909		1910	
	Sept.	Oktober	Sept.	Oktober
Ost- und Westpreußen	208,8	137,0	278,0	203,7
Berlin	219,6	184,2	234,3	293,0
Posen	143,7	155,3	113,7	195,7
Schleswig-Holstein	108,2	96,7	166,1	180,2
Hessen-Nassau	274,4	248,4	178,3	268,2
Württemberg	157,7	131,8	88,8	150,4
Lübeck	204,2	120,6	204,6	252,8
Hamburg	131,1	139,7	658,6	486,7
Elsaß-Lothringen	129,9	184,5	104,9	187,2

Zum Teil war schon im September d. J. die Lage schlechter gewesen als im Vorjahre. So war z. B. der Andrang in Ost- und Westpreußen, in Berlin, in Schleswig-Holstein, Lübeck und Hamburg in diesem Jahre schon im September höher. In Posen, Hessen-Nassau, Württemberg und Elsaß-Lothringen war im September d. J. dagegen noch eine Erleichterung gegen den gleichen Monat des Vorjahres zu konstatieren gewesen. Neben den Provinzen und Landesteilen, die im Oktober 1910 für Maurer, Fuher und Stukkateure eine höhere Belastung des Arbeitsmarktes als im Oktober 1909 nachweisen, findet sich eine Reihe anderer, in denen die Lage eine günstige Wandlung erfahren hat. Wir stellen in der folgenden Tabelle die Provinzen und Landesteile zusammen, in denen im Oktober dieses Jahres weniger Arbeitjünder auf 100 offene Stellen kamen als im Oktober 1909:

	1909		1910	
	Sept.	Oktober	Sept.	Oktober
Sachsen	468,8	598,1	166,7	143,2
Hannover	100,4	116,1	104,2	101,0
Westfalen	171,8	163,7	61,8	45,8
Meinland	154,2	121,5	101,5	119,0
Bayern	185,9	172,4	109,6	108,6
Königreich Sachsen	79,9	79,5	75,5	68,2
Baden	183,9	225,4	101,6	198,2
Hessen	350,0	778,6	186,5	385,0

Überall in den angeführten Landesteilen hat sich die Lage des Arbeitsmarktes für Maurer, Fuher und Stukkateure gegen den Oktober 1909 in diesem Jahre gebessert. Zum Teil, nämlich in den Provinzen Sachsen, Hannover, Westfalen, den Königreichen Bayern und Sachsen, hat auch der diesjährige Oktober gegen den September eine Erleichterung gebracht. In Meinland und im Großherzogtum Hessen war dagegen im Oktober d. J. der Andrang von Maurern, Fuheren und Stukkateuren größer als im September.

Soziales.

Wo besteht ein Mißbrauch der Krankenkassen?

In einem Artikel in Nr. 25 des „Grundstein“ vom 18. Juni d. J. haben wir die Mißwirtschaft des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in der Innungs-Krankenkasse der Bauinnung zu Königsberg i. Pr. an die Öffentlichkeit gezogen. Ueber die geradezu skandalöse Verwaltungspraxis der Kassenleitung den Mitgliedern gegenüber könnten wir heute wieder eine ganze Reihe von neuen Fällen vorbringen.

Wir wollen uns jedoch heute darauf beschränken, die enge Verbindung der Innungs-Kasse mit dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und dessen Arbeitsnachweis näher zu beleuchten. Dieser Arbeitsnachweis wurde bekanntlich im Jahre 1904 gegründet, um die Maurer und Bauarbeiter in die amtliche Streifbederorganisation hineinzupressen und die Zentralverbände auszusperren. Daß auch die Gründung der Innungs-Krankenkasse mehr oder weniger diesem Zweck diene, geht schon daraus hervor, daß die Geschäfte des Arbeitsnachweises, des Arbeitgeberverbandes und der Krankenkasse in denselben Büroräumen und von denselben Angestellten besorgt werden. Ja, der Vorstand der Innungs-Krankenkasse hat ausdrücklich bei d. L. (wie durch Vernehmung zweier Vorstandsmitglieder der Kasse in einem Prozeß kürzlich festgestellt wurde), daß der mit 100 Monatsgehältern von der Kasse angestellte Krankenkassendirektor gleichzeitig auch den Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes leiten sollte. Später wurde den Herren die Sache doch brenzlig, und sie be-

schlossen, von dem Gehalt d. B. pro Monat vom Arbeitgeberverband tragen zu lassen. Was für ein Geschrei würden die Schmarotcher aller Schattierungen erheben, wenn eine Krankenkasse in ähnlich enger Verbindung mit dem Bureau oder den Angestellten einer Gewerkschaft stehen würde?!

Durch die gemeinsame Geschäftsführung der Innungs-Krankenkasse und des Arbeitsnachweises wurde die Kasse immer mehr zu einem Maßregelungsinstitut. Und sie wurde von den Arbeitgebern auch ganz offen als solches betrachtet. So schickte z. B. der Architekt Fuhr die Anmeldung eines Maurers und eines Arbeiters an die Krankenkasse, worauf er gleichzeitig die Bemerkung an den Arbeitsnachweis schrieb, die Leute sollten keine Arbeit mehr nachgewiesen erhalten, da sie trunksüchtig und faul seien.

Neuerdings sind wir nun in den Besitz eines Zirkulars gekommen, das der Vorstand der Innungs-Krankenkasse, gezeichnet Paul Rauffer (Vorstand der Kasse und des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe), an die Mitglieder der Bauinnung zu Königsberg im Juni 1908 verfaßt hat. In diesem Rundschreiben werden die Arbeitgeber zunächst in beweglichen Tönen ersucht, die An- und Abmeldungen an die Kasse richtig zu bewirken. Jedemfalls wird die Ehrlichkeit der Herren Arbeitgeber da sehr viel zu wünschen übrig gelassen haben. Dann werden die Arbeitgeber scharf gemahnt, bei älteren Arbeitern darauf zu sehen, ob es sich nicht um Invalidenrentempfänger handelt, damit diese nicht „zu hohen“ Lohn und im Erkrankungsfall „zu hohes“ Krankengeld erhalten. Dann aber kommt das Tollste. Es heißt nämlich in dem Rundschreiben:

Ferner fügen wir ein Verzeichnis derjenigen Leute bei, von denen uns die Erfahrung gelehrt hat, daß dieselben sich nur auf Kosten der Krankenkassen herumdrücken. Es sind dies geschickte Simulanten und mit alten Schäden behaftete Leute, die nur ein paar Tage arbeiten, um sich Zugehörigkeitsrechte zur Krankenkasse zu erwerben und sich dann krank zu melden; sie schädigen die Krankenkasse ganz beträchtlich. Es wird gebeten, diese Leute nicht in Beschäftigung zu nehmen, denn sie nützen dem Arbeitgeber tatsächlich nichts.

Diesem Rundschreiben lag eine Liste von 18 Arbeitern, 6 Maurern und 3 Zimmerern bei, die auf diese Weise an freiwilliger Arbeit gehindert werden sollten.

Kann es einen schamloseren Mißbrauch einer Krankenkasse geben? Einer von den auf der Liste stehenden Arbeitern wurde kurz nach Erlaß des Rundschreibens (von dem damals aber niemand etwas wußte) tatsächlich von seinem Arbeitgeber entlassen. Die Kontoristin des Arbeitgebers, die wohl nicht genügend eingeweiht war, erklärte damals auch ganz einfach, das geschähe auf Anweisung der Innungs-Krankenkasse. Damals bestritt Herr Rauffer das ganz entschieden. Jetzt ist aber der Beweis erbracht, daß er damals gelogen hat.

Was wird nun die Aufsichtsbehörde tun, um diesem unerhörten Mißbrauch der Krankenkasse zur Herausgabe schwärzer Listen entgegenzutreten? Was wird die Regierung tun, um in Zukunft einen solchen Mißbrauch der Kassen zu verhindern? — Nun, die Regierung wird auch weiterhin die Innungs-Krankenkassen für bewährte Institute erklären und sie wird weiter über — sozialdemokratischen Mißbrauch der Krankenkassen schimpfen!

Briefkasten.

(Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantwortet wir nicht, ebenso erteilen wir keine wichtige Anzeigen, auch nicht, wenn Rückporto beigelegt ist.)

J. W. in Gr. Als „Joch“ bezeichnet man in Oesterreich vor der Einführung des metrischen Systems (und teilweise auch heute noch) ein Stück-Land, das man mit einem Ochsenpflug (Joch) in einem Tage umpflügen konnte. Dieses Joch umfaßt eine Fläche von 57 600 Quadratfuß oder rund 6754 qm oder 0,57 546 ha. Das ungarische Joch, das heute noch in Geltung ist, und das im vorliegenden Fall in Frage kommt, ist etwas kleiner. Es umfaßt etwas weniger als 1/2 ha, nämlich 4316 qm. Das frühere obdenburgische Joch (Juch, Juch, Juch) hatte rund 0,56 bzw. 0,45 ha.

R. J. in N. Eine solche Zeitung ist der „Baumaterialienmarkt“, Leipzig, Kochstr. 124.

R. D., Weiskens a. d. S. Das Maurerleberbuch „Jungblut“ ist bei Einbindung von 60 J. in Briefmarken von der Buchhandlung Auer & Co., Hamburg, Fehlfahrr. 11, zu beziehen.

A. D. in Werne. Besten Dank für Deine Mithilfe. Wir haben ähnliche Zeitungsausschnitte in großer Zahl erhalten und auch im Briefkasten Nr. 44 und 49 darauf geantwortet. Eine weitere Behandlung der dummen Notizen dieser Blätter halten wir für überflüssig.

J. G. in Merzig. Ja, das kann er.
W. D. S., Reddinghausen. Auskunft über das Unterhaltungsweisen der belgischen und holländischen Organisationen findet Du in Nr. 38 des „Grundstein“ (Seite 428 und 426). Wenn sich die Mitglieder unserer Organisationen im Ausland aufhalten und sich dort vorchriftsmäßig angemeldet haben, so erhalten sie die gleichen Unterhaltungen wie die andern Mitglieder der ausländischen Organisationen.

Anzeigen.

Alle Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zastellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Karl Bombeck, geb. 18. Juni 1890 zu Ninteln, wird von seiner Mutter, die ihn gerne wiedersehen möchte, gesucht. Wer seinen Aufenthalt weiß, wird gebeten, dies mitzuteilen an [M. 1,50]
Frau Bombeck, Ninteln a. d. W., Brennerfr. 4.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beileie kostet 15 A.)

- Augsburg.** Am 4. Dezember starb unser Kollege **Josef Fritz** im Alter von 48 Jahren freiwillig aus dem Leben.
- Cassel.** (Zastelle Eiterhagen.) Am 28. November verschied nach längerem Leiden an unser Kollege **C. Blumenstein** im 40. Lebensjahre. Derselbe war mehrere Jahre Vorsitzender der dortigen Zastelle.
- Danzig.** Am 4. Dezember starb der Kollege **Johann Weber** im Alter von 62 Jahren an Magenkrebs!
- Dortmund.** Am 5. Dezember starb nach langem Leiden unser Kollege **Franz Lettker** im Alter von 49 Jahren an Lungen- und Kehlkopf-Lungenfäule.
- Siebo.** Am 8. Dezember starb nach langem, schwerem Krankenlager unser treuer Verbandskollege **Willi Dammann** im Alter von 81 Jahren an der Proletarierkrankheit.
- Karlsruhe.** Am 12. Dezember starb unser Mitglied **Josef Lumpp** im Alter von 50 Jahren an Herberleiden.
- Kulmbach.** Am 8. Dezember starb unser treuer Kollege **Christian Raming** im Alter von 34 Jahren infolge eines Unfalles.
- Mannheim-Ludwigshafen.** Am 28. November starb unser treuer Kollege **Benjamin Wähler** im Alter von 62 Jahren. — Am 4. Dezember starb unser treuer Kollege **Martin Breher** im Alter von 37 Jahren.
- München.** (Zastelle Oberföhring.) Am 26. November starb unser Kollege **Gottfr. Graf** im Alter von 45 Jahren an Lungenleiden.
- Dresden.** Am 5. Dezember starb unser Kollege **Gustav Hecker** im Alter von 60 Jahren an Lungenentzündung.
- Stendal.** Am 10. Dezember starb unser langjähriges Mitglied, der Maurerpolitiker **Wilhelm Kersten** im Alter von 46 Jahren an Lungenentzündung.
- Zittau.** Am 8. Dezember starb unser Kollege **Carl Jagomast** im Alter von 39 Jahren an Lungenleiden.
- Zwickau.** Am 5. Dezember starb unser treuer Kollege **Karl Vorkäufer** infolge eines Schlaganfalles. Ehre ihrem Andenken!

Gera (Reuss j. L.).

Der Zweigverein Gera des Deutschen Bauarbeiterverbandes sucht zum 15. Februar 1911 einen

Zofalbeamten.

Die Bewerber müssen mindestens fünf Jahre dem Maurer- oder Bauhilfsarbeiterverbande angehört haben und außerdem fünf Jahre politisch organisiert sein. Die Bewerberarbeiten müssen den Lebenslauf und einen Auszug über die Aufgaben eines Zofalbeamten im Deutschen Bauarbeiterverband enthalten. Befristet wird auf eine erste Kraft. Die Bewerbungen sind bis zum 5. Januar 1911 an den Kollegen **Wilh. Kruse, Gera (Reuss j. L.),** Seifenstr. Nr. 4, 3. St., einzusenden. [M. 4,80] Die Anstellungskommission.

Jacob Herzog, Betonpöcker, im Jahre 1909 inhaft, von dort angeblich nach **Mannheim** u. d. h. wohnhaft, von dort angeblich nach **Mannheim** u. d. h. wohnhaft bezogen, wird in einer ihm selbst nicht betreffenden Angelegenheit gesucht. Es wird um Angabe seiner Adresse gebeten. Der erste Finder seiner Adresse erhält eine Vergütung von 3 A.
W. Walbrecht, Ingenieur, Cassel, Landstr. 18. [M. 2,40]

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorsitzender, K Kassierer, L Kassenhelfer, H Herberge, RZ Reiseunterstützung wird ausgesetzt bei.)

- Bonn.** RZ im „Volkshaus“, Sandkaule 13.
- Dorfen.** K Karl Wichtlauer, Dorfen, Brandstiftgasse Nr. 168.
- Hilfsburg.** V Peter Woyhen, Leichstr. 32 pl.
- Köln.** K Hermann Klar, Mäurer.
- Schneeberg.** RZ Emil Krauß, Steingasse 466, von 5 bis 7 Uhr nachmittags.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

- Sonntag, den 18. Dezember.**
Greene, Nachm. 3 Uhr bei Aug. Schulte. Z.-D.: Wahl des Vorstandes. Bericht über den Jahresbericht.
Niedra, Nachm. 3 Uhr. Z.-D.: Vorstandswahl. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Wiesenburg, Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. Mitgliedsbücher und Streiflegitimationen sind mitzubringen.

Sonntag, den 25. Dezember.
Hintersee, Mittags 12 Uhr mit den Bauhilfsarbeitern im Gasthof „Zum deutschen Haus“ in Bichtenburg. Z.-D.: Vorstandswahl. Bericht über den Jahresbericht.